



Schader-Stiftung (Hrsg.)

# Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen

Dokumentation des Auftaktworkshops  
am 28./29. Mai 2009 in Nürnberg

	Seite
» <b>Vorwort</b> .....	04
<b>1   Vorstellung des Projekts: Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen</b>	
Gudrun Kirchhoff   Schader-Stiftung .....	05
<b>2   Vorstellung der Begleitforschung: Forschungsdesign / Methoden / Zeitplan</b>	
Ralf Zimmer-Hegmann   ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung	
Dr. Heike Liebmann   Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und	
Strukturplanung (IRS) .....	08
<b>3   Einleitende Vorträge</b>	
» <b>Zuwanderer im ländlichen Raum – Annäherungen an das Themenfeld</b>	
Prof. Dr. Roland Roth   Hochschule Magdeburg-Stendal .....	14
» <b>Migration und Integration in Ostdeutschland</b>	
Prof. Dr. Karin Weiss   Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg.....	16
<b>4   Integration in Klein- und Mittelstädten – Herausforderungen, Potenziale, Perspektiven</b>	
» <b>Gesprächsrunde</b> .....	18
<b>5   Vorstellung der Teilnehmerstädte und -landkreise</b> .....	21
<b>5.1   Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte aus Westdeutschland</b>	
<b>Hochsauerlandkreis</b>   Ulrike Hohman .....	22
<b>Meschede</b>   Ulrike Starkulla .....	23
<b>Bestwig</b>   Georg Funke.....	23
<b>Landkreis Ravensburg</b>   Franz Uebelhör .....	24
<b>Stadt Ravensburg</b>   Peter Ederer .....	25
<b>Leutkirch</b>   Marion Reich .....	26
<b>Landkreis Emsland</b>   Ulrike Otten .....	27
<b>Haren</b>   Dieter Pohlmann .....	28
<b>Freren</b>   Gregor Lonnemann, Hermann Quae .....	29
<b>Landkreis Coburg</b>   Martina Berger .....	29
<b>Neustadt</b>   Ines Förster .....	30
<b>Ebersdorf</b>   Danica Faber.....	31
<b>5.2   Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte aus Ostdeutschland</b>	
<b>Landkreis Jerichower Land</b>   Cordula Bergt .....	32
<b>Genthin</b>   Cordula Bergt .....	33
<b>Vogtlandkreis</b>   Veronika Glitzner .....	34
<b>Plauen</b>   Silvia Liersch .....	35
<b>5.3   Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte in Ballungsregionen</b>	
<b>Landkreis Offenbach</b>   Selver Erol .....	37
<b>Neu-Isenburg</b>   Walter Norrenbrock, Paola Fabbri Lipsch .....	38
<b>Landkreis München</b>   Ali E. Danabas .....	39
<b>Garching</b>   Ingrid Stanglmeier .....	40
<b>5.4   Erwartungen der ausgewählten Landkreise und Städte an das Forschungs-Praxis-Projekt</b> .....	41
<b>6   Anhang</b>	
» <b>Programm des Auftaktworkshops</b> .....	42
» <b>Teilnehmer</b> .....	43
» <b>Ansprechpartner</b> .....	46

## » Vorwort

Die Schader-Stiftung führt gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Deutschen Landkreistag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund das Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ durch. Der nachfolgend dokumentierte Workshop am 28./29. Mai 2009 markiert den Auftakt des auf drei Jahre konzipierten Forschungsvorhabens, an dem bundesweit insgesamt acht ausgewählte Landkreise und zwölf Städte beteiligt sind.

Das Projekt knüpft an das von der Schader-Stiftung initiierte und im März 2007 abgeschlossene Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ an, das die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Wohnquartieren von Städten mit über 100.000 Einwohnern thematisierte. Bereits im Rahmen dieses Projektes wurde deutlich, dass die Situation der Zuwanderer in den ländlichen Klein- und Mittelstädten aufgrund der spezifischen Bedingungen gesondert zu betrachten ist. Aus diesem Grund haben sich die Schader-Stiftung und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im April 2007 den Fragestellungen der Zuwanderung und Integration in Klein- und Mittelstädten der ländlichen Regionen genähert und zu dem gemeinsam ausgerichteten Workshop „Integration in ländlichen Gebieten - Bestandsaufnahme, Probleme, Perspektiven“ eingeladen. Hier kamen die Partner des jetzt gestarteten Forschungs-Praxis-Projektes erstmals zusammen, um die Integration in den kleineren kommunalen Einheiten des ländlichen Raums zu reflektieren.

Dieser Austausch bestärkte den Eindruck, dass die Erkenntnisse und das Erfahrungswissen aus dem Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ nicht unmittelbar und ohne Berücksichtigung der spezifischen Integrationsvoraussetzungen und -schwierigkeiten des ländlichen Raums auf die kleineren Kommunen zu übertragen sind. Eine fundierte Wissensgrundlage über die Bedingungen und Potenziale der Integration von Zuwanderern in ländlichen Regionen fehlt bislang, so dass hier ein grundsätzlicher Forschungsbedarf besteht. Zuwanderung wird vor allem im Kontext städtischer Agglomerationen betrachtet, da hier die Probleme der städtischen Quartiere mit hohem Migrantanteil besonders drängend und sichtbar sind. Doch auch die dünn besiedelten Gebiete in Deutschland weisen zum Teil hohe Zuwandereranteile auf, deren Situation und Probleme bisher wenig Beachtung finden. Es gibt Hinweise, dass in kleinen Kommunen des ländlichen Raums andere Integrationsbedingungen und -schwierigkeiten herrschen als in den großen Städten. Aus diesem Grund hat die Schader-Stiftung in Absprache mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein entsprechendes Projekt konzipiert und dafür Mittel beim Europäischen Integrationsfonds beantragt. Nach einer Vorlaufzeit von insgesamt zwei Jahren ist das Forschungs-Praxis-

Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ im Januar 2009 gestartet. Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft von Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern, und Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Bei dem im Folgenden dokumentierten Workshop kamen die Projektakteure und Teilnehmer aus den Städten und Landkreisen erstmals zusammen, um sich in einem gemeinsamen Arbeitstreffen auszutauschen und die zukünftige Zusammenarbeit einzuleiten. Im Rahmen der Veranstaltung wurde die Problematik der Integration von Zuwanderern im ländlichen Raum in Vorträgen erörtert und die Konzeption des Forschungs-Praxis-Projektes vorgestellt. Die Schader-Stiftung und die Projektpartner erhoffen sich Erkenntnisse über die Voraussetzungen und Chancen der Integration in den ländlichen Kommunen. Über die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die kommunalen Akteure soll langfristig eine Verbesserung der Integration im ländlichen Raum erreicht werden. Hier spielt die Begleitforschung eine wichtige Rolle, die vom ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund, in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner bei Berlin, durchgeführt wird. Das Team der Begleitforschung hat sich bei dem Auftaktworkshop vorgestellt und die Ziele und Methoden seiner Untersuchungen in den Projektstädten und -landkreisen erläutert.

Die teilnehmenden Städte und Landkreise haben den Auftaktworkshop genutzt, um ihre je spezifischen Ausgangssituationen zu schildern und einen Erfahrungsaustausch zu beginnen. Sie erwarten von dem Forschungs-Praxis-Projekt wissenschaftliche Erkenntnisse über die Situation der Migranten vor Ort sowie Impulse für eine qualifizierte Gestaltung der eigenen Integrationsarbeit, die die jeweiligen Gegebenheiten in den Kommunen berücksichtigt.



*Dr. Michael Griesbeck*

Dr. Michael Griesbeck  
Vizepräsident des Bundesamtes  
für Migration und Flüchtlinge



*Sabine Süß*

Sabine Süß  
Geschäftsführender Vorstand  
der Schader-Stiftung

# 1 | Vorstellung des Projekts: Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen

**Gudrun Kirchhoff** | Schader-Stiftung



v.l.: Hans-Jürgen Fink | Gudrun Kirchhoff

## » Projektbeschreibung

Das Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ bearbeitet grundsätzliche Fragestellungen der Integration von Zuwanderern in den Klein- und Mittelstädten der ländlichen Räume. Ziel des Projekts ist die Analyse der Bedingungen für Integration in den Kommunen des ländlich geprägten Raums und die Ermittlung der jeweiligen Potenziale für die Integration von Zuwanderern. Projektträger und -koordinator ist die Schader-Stiftung; Partner bei der Projektdurchführung sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag.

Gefördert wird das auf drei Jahre konzipierte Forschungs-Praxis-Projekt vom Europäischen Integrationsfonds sowie vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es ist als eine bundesweit vergleichende Untersuchung von insgesamt zwölf Kommunen aus acht Landkreisen angelegt und verfolgt einen diskursiven Ansatz.

## » Projektziele und Fragestellungen

Das Forschungs-Praxis-Projekt strebt drei Ziele für die ländlichen Räume an: Die strukturellen Bedingungen für Integration sollen verbessert, das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten gefördert und die Teilhabe der Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben erhöht werden.

Um diese Zielvorstellungen zu realisieren, wird eine Begleitforschung eingesetzt, die in einer laufenden Verständigung mit den teilnehmenden Landkreisen und Städten und dem Lenkungskreis (dem projektbegleitenden Gremium) stehen. Unter Berücksichtigung der je spezifischen Situation der Klein- und Mittelstädte werden zunächst die Voraussetzungen und Potenziale für Integration in den ländlichen Räumen

analysiert. Im Vordergrund steht, Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure zu gewinnen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Integration der unterschiedlichen Zuwanderergruppen (v.a. Drittstaaten-Angehörige) zu erarbeiten.

Zu den strukturellen Bedingungen der Integration sollen im Einzelnen folgende Fragestellungen untersucht werden:

- Wie gestaltet sich die Integration in den ländlichen Räumen? Sind besondere Problemkonstellationen und Handlungsfelder erkennbar?
- Ist die Ansiedlung dauerhaft? Wie sehen die Entwicklungstendenzen aus? Ist eine Zunahme oder eine Abnahme (relativ und absolut) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Untersuchungsstädten feststellbar?
- Wie sind die Integrationsangebote in den ländlichen Gebieten organisiert, wie werden sie angenommen, sind besondere Anforderungen erkennbar? Gibt es regionale Unterschiede?
- Welche integrationspolitischen Maßnahmen und Handlungskonzepte werden von den Kommunen verfolgt? Wie ist der Erfolg dieser Maßnahmen zu bewerten?
- Wo sehen die Kommunen den wichtigsten Handlungsbedarf?
- Wie stellen sich die Unterschiede zwischen ost-deutschen und westdeutschen Kommunen dar?

Zudem sollen Empfehlungen zur Stärkung des Zusammenlebens der einheimischen Bevölkerung und der verschiedenen Zuwanderergruppen erstellt werden. Hierbei stehen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt:

- Wie gestaltet sich das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zuwanderern in ländlichen Räumen?
- Wie kann die Aufnahmegesellschaft für den Integrationsprozess sensibilisiert werden? Wo liegen die dafür notwendigen Ressourcen, wer sind die wichtigsten Multiplikatoren?
- Wie ist das Verhältnis der Zuwanderergruppen untereinander? Sind räumliche Abgrenzungen zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen erkennbar? Gibt es, den Großstädten vergleichbar, räumliche Konzentrationsgebiete?
- Sind in Abhängigkeit von der Größe der Kommune und ihrer regionalen Einbettung Unterschiede erkennbar?

Darüber hinaus wird die Frage nach der Teilhabe der Zuwanderer an Bildung, Erwerbsarbeit sowie am gesellschaftlichen und politischen Leben fokussiert. Dabei ist die Situation von ausländischen Frauen gesondert zu betrachten, da sie aufgrund ihrer geringeren beruflichen Einbindung und starken familiären Vernetzung die größten Integrationsdefizite aufweisen. Bezogen auf die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Bildung haben die Frauen zudem eine Schlüsselfunktion; sie sind diejenigen, die aufgrund ihrer Rolle die Partizipation an Bildung entweder hemmen oder fördern können. Vor diesem Hintergrund wird folgenden Fragestellungen nachgegangen:

- Wie gestaltet sich die Teilhabe der Zuwanderer im Bereich Erwerbsarbeit? Wie hoch ist der Anteil der Erwerbstätigen bei den Zuwanderern im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung? Relativer Anteil der Arbeitslosen und Transferleistungsbezieher? Wie hoch ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen und in welchen Berufen sind sie tätig?
- Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Bildungsangeboten? Bildungserfolge und Berufsperspektiven?
- Rolle der Frauen mit Migrationshintergrund im Bildungsprozess ihrer Kinder? Einbindung von Frauen in schulische und außerschulische Gremien (Elternvertretung etc.)?
- In welchem Maße beteiligen sich Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben? In welchem Umfang sind sie in kommunalpolitischen Gremien vertreten? Gibt es Organisationen, Vereine oder Initiativen, in denen sich Zuwanderer engagieren?

## » Bausteine des Projekts

### Einrichtung eines Netzwerks aus ausgewählten Städten und Landkreisen als Forum für den Erfahrungsaustausch

Die teilnehmenden Kommunen spiegeln exemplarisch die Problemkonstellationen in ländlichen Räumen wider. Es wurden zehn Kommunen (Klein- und Mittelstädte) aus sechs ländlich strukturierten Kreisen und zwei in Ballungsregionen gelegene Landkreise mit jeweils einer Kommune ausgewählt. Letztere fungieren als Referenzgemeinden und ermöglichen, den Einfluss der regionalen Einbettung und der Strukturmerkmale der ländlichen Regionen auf die Integrationsleistung einer Kommune zu ermitteln. Die neuen Bundesländer sind mit zwei Landkreisen vertreten.

Die Auswahl der Teilnehmerstädte und -landkreise erfolgte mit Hilfe eines Interessenbekundungsverfahrens, in dessen Rahmen sich ländlich strukturierte Landkreise und Städte für eine Projektteilnahme beworben haben. Insgesamt gingen Bewerbungen

von 24 Landkreisen und 52 Städten ein. Mit der Festlegung der zwölf Teilnehmerstädte und acht -landkreise durch die Schader-Stiftung und die Projektpartner wurde eine möglichst bundesweite Gebietsabdeckung angestrebt. Zudem sollten die am Projekt beteiligten Städte und Landkreise eine facettenreiche Konstellation darstellen, um im Rahmen des Projekts je verschiedene Problemlagen und Potenziale betrachten zu können. So finden sich unter den Teilnehmern sowohl im Integrationsbereich sehr aktive Städte und Landkreise als auch solche, deren Integrationsarbeit noch am Anfang steht.

Die ausgewählten Projektlandkreise und -kommunen im ländlichen Raum sind:

- Landkreis Coburg (Bayern) mit den Städten Neustadt und Ebersdorf
- Kreis Emsland (Niedersachsen) mit den Städten Haren und Freren
- Hochsauerlandkreis (Nordrhein-Westfalen) mit den Städten Meschede und Bestwig
- Landkreis Ravensburg (Baden-Württemberg) mit den Städten Ravensburg und Leutkirch
- Jerichower Land (Sachsen-Anhalt) mit der Stadt Genthin
- Vogtlandkreis (Sachsen) mit der Stadt Plauen

Die beiden Referenzlandkreise und -kommunen aus Ballungsregionen sind:

- Landkreis München (Bayern) mit der Stadt Garching
- Landkreis Offenbach (Hessen) mit der Stadt Neu-Isenburg

Vorgesehen ist der Aufbau eines Netzwerks der teilnehmenden Landkreise und Kommunen, das dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch dient. Während der dreijährigen Projektlaufzeit finden insgesamt vier Netzwerktreffen statt, bei denen sich die Städte und Landkreise sowie die Mitglieder des Lenkungskreises zu den Projektfragestellungen austauschen.

Die Teilnehmerstädte kommunizieren das Projektanliegen in die jeweiligen Stadtgemeinschaften und organisieren zusammen mit den Landkreisen einen öffentlichen politischen Diskurs zum Thema Integration. Ziel ist es, konkrete Projekte und Handlungsansätze zur Verbesserung der Integration von Zuwanderern in den Kommunen zu initiieren.

## » Der Lenkungskreis

Der Lenkungskreis ist ein inhaltlich unterstützendes Gremium, das zur Evaluation und Qualitätssicherung

des Forschungs-Praxis-Projekts dient. Seine Aufgaben bestehen in der Konkretisierung der Projektfragestellungen, der Unterstützung bei der Auswahl der teilnehmenden Städte, der Durchführung von Expertenhearings zu speziellen Fragestellungen, der Diskussion der Ergebnisse der Begleitforschung sowie in der Teilnahme an den Netzwerktreffen. Insgesamt hat der Lenkungskreis eine beratende Rolle und übernimmt eine Supervisionsfunktion. Er besteht aus zehn Mitgliedern und setzt sich zusammen aus jeweils einem Vertreter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, des Deutschen Landkreistages, des Bundesministerium des Innern, des Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Bundesintegrationsbeauftragten sowie zwei wissenschaftlichen Experten und zwei Vertretern der Zivilgesellschaft.

### » **Begleitforschung: Ermittlung der Potenziale für Integration in den ausgewählten Kommunen**

Die Begleitforschung wird vom ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund, in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner bei Berlin, durchgeführt. Im Rahmen dieser Begleitforschung findet eine Auswertung vorhandener Strukturdaten der ausgewählten Kommunen, bereits bestehender Untersuchungen, politischer Leitlinien sowie Entwicklungs- und Handlungskonzepte statt. Zudem werden Experteninterviews mit den Akteuren der Teilnehmerstädte (z.B. Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung, Landkreisverwaltung, soziale Dienste, Bildungseinrichtungen, Anbietern von Integrationskursen und Migrantenselbstorganisationen) und aktivierende Befragungen zum Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern stattfinden.

Weiterhin werden der Erfahrungsaustausch der Städte und die Aktivitäten vor Ort wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Abschließend erarbeitet die Forschungsgruppe Handlungsempfehlungen zur kommunalen Integrationspolitik.

### » **Ergebnistransfer**

Im Anschluss an die Erhebungsphasen werden die Ergebnisse der Untersuchungen in Zwischenberichten vorgelegt und im Rahmen der Netzwerktreffen den Städten und Landkreisen sowie dem Lenkungskreis vorgestellt und mit ihnen erörtert. Nach Abschluss des Erfahrungsaustausches werden ein Endbericht und eine Publikation erstellt. Zudem werden eine Fachtagung und eine abschließende Konferenz durchgeführt, bei denen die Forschungsergebnisse und die von der Forschergruppe erarbeiteten Empfehlungen zur kommunalen Integrationspolitik diskutiert werden.

### » **Projekt-Website**

Die Schader-Stiftung hat eine Website zu dem Projekt eingerichtet:

**[www.integrationspotenziale.de](http://www.integrationspotenziale.de)**

Die Website besteht aus einem öffentlich zugänglichen Teil sowie einem passwortgeschützten Intranetbereich. Letzterer dient dem persönlichen Erfahrungsaustausch und der gegenseitigen Information der Projektteilnehmer.

## 2 | Vorstellung der Begleitforschung: Forschungsdesign / Methoden / Zeitplan

**Ralf Zimmer-Hegmann** | ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung



**Dr. Heike Liebmann** | Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)



### » Die Forschungseinrichtungen ILS und IRS

Das Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ wird von den Forschungsinstituten ILS und IRS begleitet. Das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund ist ein außeruniversitäres raumwissenschaftliches Forschungsinstitut, das unter dem Leitthema „Neue Urbanisierungsprozesse im europäischen Kontext – Zukünfte des Städtischen“ in der anwendungsorientierten Grundlagenforschung einschließlich wissenschaftlich fundierter Politikberatung tätig ist. Das For-

schungsfeld Sozialraum Stadt, das die Bearbeitung des Forschungsprojektes federführend übernimmt, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit „Stadt und Migration“: der Analyse von Segregationsprozessen und räumlichen Ausgrenzungsprozessen insbesondere im Hinblick auf die Folgen für Stadtstruktur, Zusammenleben und Integrationsfähigkeit von Städten.

Das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner bei Berlin ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft, die ihren Schwerpunkt in der sozialwissenschaftlichen Raumforschung zu Transformations- und Steuerungsprozessen in Städten und Regionen im nationalen und europäischen Zusammenhang hat. Das Institut ist in interdisziplinär zusammengesetzten Teams organisiert und arbeitet an langfristig angelegten Forschungsschwerpunkten. Die Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“, in der das Projekt angesiedelt ist, beschäftigt sich mit Entwicklungsverläufen und -dynamiken von Städten im Strukturwandel und fokussiert ihre Forschung auf die Entwicklung von Klein- und Mittelstädten in peripheren Regionen.

Beide Institute bringen umfangreiche Erfahrungen in der anwendungsorientierten Stadtforschung und der aktivierenden Prozessbegleitung mit und kooperieren bereits eng bei der Bearbeitung eines von den Instituten jeweils grundfinanzierten interdisziplinären Forschungsprojektes zu Fragen der Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten in peripherisierten Räumen Ost- und Westdeutschlands. Beide Institute weisen integrationspezifische Kompetenzen im Hinblick auf vertiefende empirische Erfahrung, Grundlagen und Kenntnisse der Spezifika der Entwicklung Ostdeutschlands (IRS) und Westdeutschlands (ILS) auf.

Für jeden der ausgewählten Landkreise steht eine feste Ansprechpartnerin bzw. ein Ansprechpartner über die gesamte Projektlaufzeit zur Verfügung (s. Abb. 1):

- **Landkreis Emsland:** Heike Hanhörster (ILS)
- **Landkreis Offenbach:** Heike Hanhörster (ILS)
- **Hochsauerlandkreis:** Dr. Sabine Weck (ILS)
- **Landkreis Ravensburg:** Ralf Zimmer-Hegmann (ILS)
- **Landkreis Jerichower Land:** Thomas Bürk (IRS)
- **Vogtlandkreis:** Susen Fischer (IRS)
- **Landkreis Coburg:** Susen Fischer (IRS)
- **Landkreis München:** Susen Fischer (IRS)

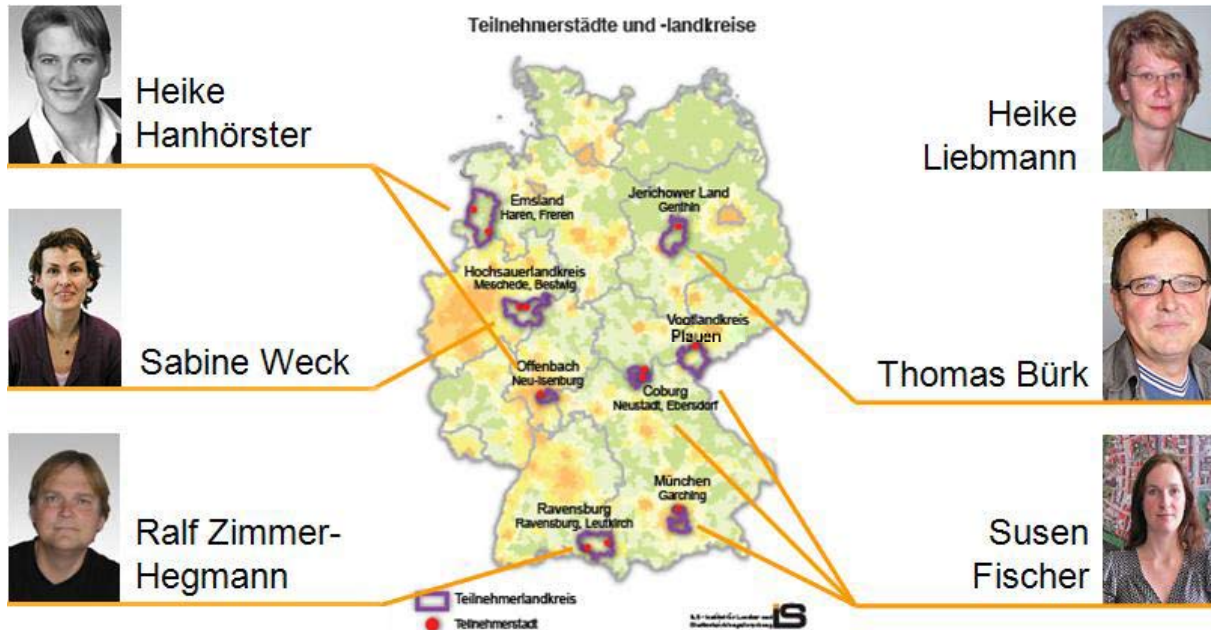


Abbildung 1: Ansprechpartner/innen der Forschungsbegleitung | Quelle: Eigene Darstellung

## » Integrationsverständnis

Der Arbeit der Forschungsgruppe liegt ein mehrdimensionales Integrationsverständnis<sup>1</sup> zu Grunde (s. Abb. 2): Neben der individuellen Systemintegration (z.B. Teilhabe am Arbeitsmarkt, juristische Gleichstellung) umfassen Integrationsprozesse auch diskursive Elemente (Intergruppenkommunikation, Teilhabe an Aushandlungsprozessen) sowie die identifikatorische Integration (Stärkung von Selbstvertrauen und Identifikation).

Die Bedingungen für Integration, das heißt, der gleichberechtigte Zugang zu Wohnraum, zum Arbeitsmarkt, zu Bildungswesen und Freizeitinfrastruktur (z.B. Vereinsleben) sowie zu Strukturen gesellschaftlicher bzw. politischer Teilhabe werden – so die Ausgangsthese – von unterschiedlichen Faktoren auf der Ebene der **strukturellen Rahmenbedingungen**, der **Akteure und ihres Handelns** auf lokaler und regionaler Ebene und der **Individualebene der Migranten**, Migrantengruppen beeinflusst. Im Mittelpunkt der Forschungsbegleitung steht die Ebene der Akteure und ihres Handelns, weil sich hier Variablen und Bereiche finden, die durch kommunales integrationspolitisches Handeln leichter beeinflussbar sind.

Strukturelle Rahmenbedingungen: Die Integrationskraft von Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum ist im Kontext verschiedener Rahmenbedingungen zu werten:

- Lage und Erreichbarkeit: Zentrennähe oder periphere Lage

- Größe der Stadt: Mittelstadt oder kleine Gemeinde
- Entwicklungsgeschichte bzw. Entwicklungspfad
- alte Bundesländer – neue Bundesländer
- strukturschwache Region oder stabile bzw. prosperierende Entwicklung
- Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und deren Segregationsgrad

Akteure und ihr Handeln: Für die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten (Zugang zu Bildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben) spielen die **politische Steuerung** und **politische Kultur** z.B. in Form übergreifender Konzepte und kommunaler/regionaler Strategien eine wichtige Rolle. Lokale und regionale Politik schafft die Rahmenbedingungen in zentralen Handlungsfeldern der Integrationspolitik, wie der Sprachförderung, der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, der Unterstützung ehrenamtlichen Engagements in der Aufnahmegesellschaft oder im Bildungsbereich. Die regionale Vernetzung von Akteuren ist im ländlichen Raum dabei oft ein entscheidender Erfolgsfaktor, weshalb einer aktivierenden und koordinierenden Rolle der Landkreise eine bedeutende Rolle zukommen kann<sup>2</sup>.

Neben der politischen Steuerung sind weitere „weiche“ Faktoren auf der Quartiersebene von maßgeblicher Bedeutung für den Integrationsprozess. Hier ist das **soziale Klima** als intervenierender Faktor zu nennen, der unter anderem durch lokale Entscheidungsträger, aber auch die Stadt- oder Quartiersbe-

1) Vgl. hierzu auch Heitmeyer, Wilhelm; Anhut Reimund (Hg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim, München.

2) Vgl. Deutscher Landkreistag (2008): Landkreise integrieren Migranten. Gute Beispiele aus der Praxis. Schriften des Deutschen Landkreistages Band 74, Berlin.

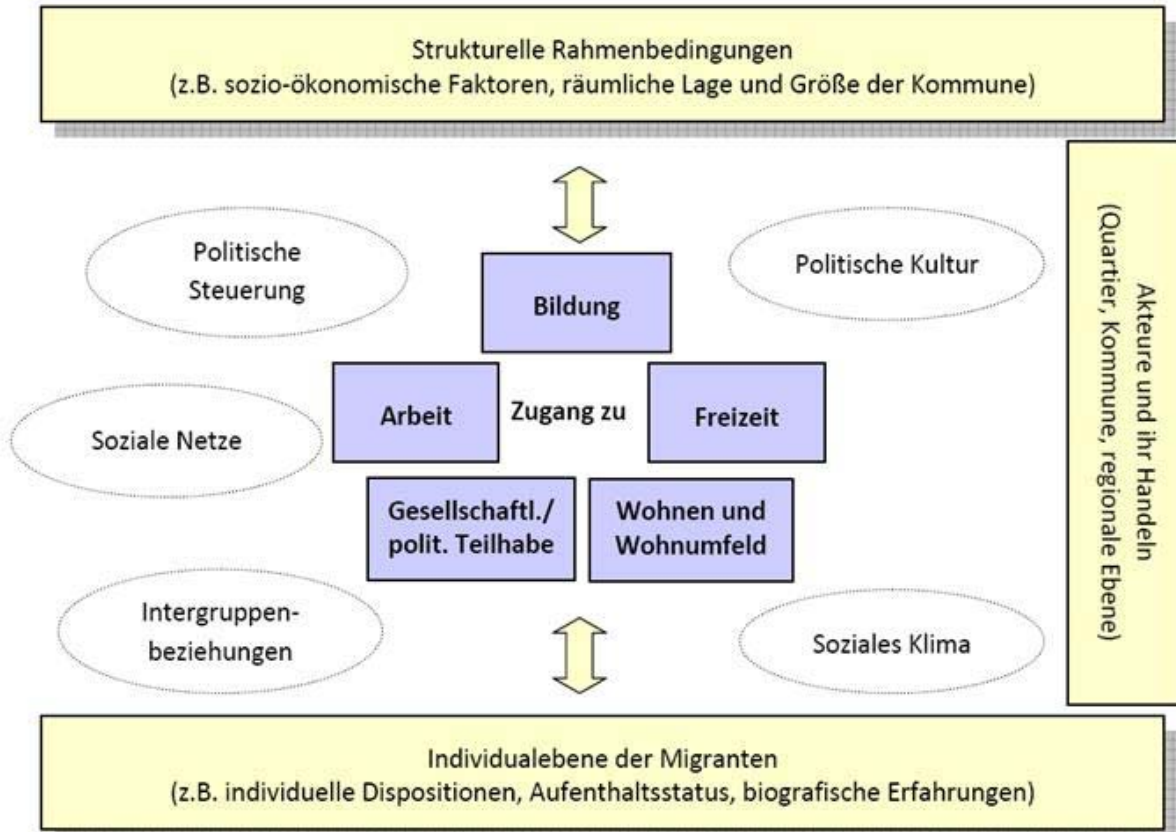


Abbildung 2: Integrationsverständnis | Quelle: Eigene Darstellung

völkerung maßgeblich beeinflusst wird. Hinweise auf das soziale Klima und die politische Kultur können durch die Analyse lokaler Diskussionsprozesse anhand der lokalen Berichterstattung gefunden werden. Zum anderen spielen die **Intergruppenbeziehungen** (zwischen Mehrheit und Minderheit, aber auch zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen) als moderierende Variable eine wichtige Rolle. Nicht zu vergessen sind schließlich die **sozialen Netze** der Quartiersbevölkerung, die durch ihre Stabilität und Reichweite einen wesentlichen Einfluss ausüben.

Individualebene Migranten, Migrantemilieus bzw. Migrantengruppen: Um bedarfsgerecht mit lokalen kontextspezifischen Konzepten auf die Ausgangslagen reagieren zu können, ist eine Ausdifferenzierung spezifischer Integrationspotenziale auf Grundlage der zentralen, lokal verorteten Migrantengruppen, Migrantemilieus und Haushaltstypen wichtig. Aktuelle Untersuchungen belegen, dass diese Differenzierung auch z.T. über die verschiedenen ethnisch-kulturellen und nationalen Herkunftsgruppen hinweg getroffen werden kann<sup>3</sup>. Hier geht es, um nur einige relevante

3) Vgl. hierzu ILS (2008): Soziale und räumliche Mobilität von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in nord-rhein-westfälischen Städten. Qualitative Untersuchung über das Wohnstandortverhalten von türkischen Migrantinnen und Migranten in ethnisch-sozial segregierten Stadtteilen. Hg.: ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund.

Beck, Sebastian; Perry, Thomas (2007): Migrantemilieus. Erste Erkenntnisse über Lebenswelten und wohnungsmarktspezifische Präferenzen von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Onlineresource, 26.02.2009: [http://www.sinus-sociovision.de/Download/FW4\\_07\\_Beck\\_Perry.pdf](http://www.sinus-sociovision.de/Download/FW4_07_Beck_Perry.pdf)

Bereiche anzusprechen, um Bedarfe und Anforderungen, die sich z.B. ergeben aus

- unterschiedlichen Aufenthaltsperspektiven (dauerhafte/temporäre/ungeklärte Bleibeperspektive),
- individuellen Sprach- und Bildungspotenzialen,
- sozialer Lage und Werteorientierung sowie
- unterschiedlicher Altersstruktur und geschlechtsspezifischen Bedarfe.

#### » Projektaufbau

Die Untersuchung verfolgt drei zentrale Zielsetzungen:

- Analyse der spezifischen Integrationsbedingungen und -potenziale
- Aktivierende Unterstützung bei der Integrationsarbeit vor Ort
- Transfer und Diskussion der Ergebnisse

Diese gliedern zugleich die Projektarbeit in drei Phasen (s. Abb. 3), wobei diese sich teilweise inhaltlich und zeitlich überschneiden bzw. ineinandergreifen. Grundlage für alle Projektphasen ist eine enge Abstimmung und ein kontinuierlicher Austausch mit den Projektver-

antwortlichen und -beteiligten und insbesondere dem Lenkungskreis und den lokalen Ansprechpartnern.

#### Phase 1: Analyse

Als erster Baustein wird der **Stand der Forschung** erhoben mit dem Ziel, eine gemeinsame Wissensbasis zu den wichtigsten Thesen und Herausforderungen zu schaffen. Die Darstellung der Ergebnisse dient dem Erfahrungsaustausch und der Diskussion beim ersten Netzwerktreffen. Auf dieser Basis werden die für die Untersuchung relevanten Forschungsfragestellungen im Kreis der Projektverantwortlichen und -beteiligten konkretisiert.

Die Ausgangsbedingungen für Integration werden im Rahmen einer **Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen in den Städten und Landkreisen** erfasst. Dazu wird in jedem Landkreis und jeder Stadt ein Auftaktgespräch mit Akteuren aus Politik und Verwaltung geführt, in dem Arbeitsstrukturen verabredet und Ansprechpartner benannt werden, die im Projektverlauf eine zentrale koordinierende Funktion einnehmen sollten. Darüber hinaus finden fünf bis zehn Experteninterviews mit weiteren relevanten lokalen oder regionalen Akteuren (Kommunalpolitik, Verwaltung, Vertreter der Landkreise, Soziale Dienste, Migrantenselbstorganisationen, Kirchengemeinden etc.) statt. Außerdem werden die im jeweiligen regionalen und lokalen Kontext relevanten Dokumente (formulierte politische Leitlinien, Protokolle von Lenkungsgruppen etc.) ausgewertet. Von besonderer Bedeutung ist bei diesem Arbeitsschritt die Analyse der regionalen und lokalen Medienberichterstattung, die zusätzlich zu den bereits genannten Quellen Hinweise auf „Netzwerker“, d.h. besonders wichtige Multiplikatoren und mögliche

„bewegende“ Themen, liefern kann.

Die **Analyse „bewegender“ Themen** untersucht spezifische Konflikte wie Potenziale in den beteiligten zwölf Kommunen. Anhand von Themen, die die lokale Gesellschaft und Politik „bewegen“ (Agenda setting), werden Rahmenbedingungen der Integration und des Zusammenlebens zwischen Einheimischen und Zuwanderern konkreter analysiert. Im (manifesten oder latenten) Konflikt werden die unterschiedlichen Ansprüche an einen Sozialraum, die zivilgesellschaftlichen Strukturen, die politische Kultur und die sozialen Ressourcen sichtbar. Pro Kommune werden in Abstimmung mit den Ansprechpartnern vor Ort ein bis drei dieser Themen festgelegt. Es ergibt sich die Chance, mögliche lokale Multiplikatoren oder „Netzwerker“ zu identifizieren, die mit ihren Kenntnissen und Kontakten für die Fokusgruppen-Diskussionen hilfreich sein können.

#### Phase 2: Aktivierung

Aufbauend auf einer gezielten Auswertung der Ergebnisse aus der vorangegangenen Arbeit dienen **Fokusgruppen-Diskussionen** der Reflexion von ausgewählten integrationsrelevanten Themen sowie der Ermittlung von Handlungserfordernissen. Die moderierte und auf ein „bewegendes“ Thema fokussierte Gruppendiskussion bietet einen Rahmen für den gegenseitigen Austausch von Meinungen und Ansichten. Durch die Gruppendiskussion ergibt sich ein vertiefter Einblick in die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Ansichten und es werden Hinweise für zukünftige Strategien und Ziele des kommunalen integrationspolitischen Handelns gegeben. Die Fokusgruppen-Diskussion richtet sich nicht nur an Experten, sondern bietet eine Struktur und Plattform, um bislang nicht aktive Akteure (z.B.

**Abbildung 3: Projektaufbau** | Quelle: Eigene Darstellung



mittelständische Unternehmer, bürgerschaftliche Multiplikatoren, „Netzwerker“) in Austauschprozesse und Strukturen der Kommune auch längerfristig einzubeziehen. **Aktivierende Einzelinterviews** können – der Fokusgruppen-Diskussion vor- oder nachgelagert – darüber hinaus durchgeführt werden.

Um die Kommunen bei der Entwicklung von integrationspolitischen Handlungsansätzen und Umsetzungsstrategien und der Verankerung nachhaltiger Kooperationsstrukturen zu unterstützen, bietet die Forschungsgruppe eine **aktivierende Begleitung der Aktivitäten der Städte**. Je nach spezifischen Erfordernissen an die Begleitung und den Erfahrungsaustausch finden regelmäßige Arbeitsgespräche (ca. alle drei Monate) mit bzw. zwischen den für Integration zuständigen Stellen statt. Diese Gesprächsrunden könnten, ggfs. unter Hinzuziehung weiterer gesellschaftlicher Akteure, mittelfristig die Rolle eines Schnittstellenmanagements zwischen Verwaltung, Stadtpolitik, Wohnungsunternehmen, Migrantenselbstorganisationen und Vertretern lokaler Wirtschaft etc. übernehmen. Zentrales Ziel ist es, die beteiligten Akteure darin zu unterstützen, Integrationsarbeit querschnittsorientiert und in nachhaltigen Kooperationsstrukturen zu verankern. Dazu gehört auch die gemeinsame Entwicklung von adäquaten Arbeits- und Kommunikationsformen (bspw. Projekttagbuch). Außerdem ist die Einrichtung von themenzentrierten Arbeitsgruppen geplant, zum einen auf Ebene der Landkreise zwischen allen Städten und Gemeinden des Landkreises (über die beiden jeweilig beteiligten Städte hinaus), zum anderen zwischen allen beteiligten Städten und Landkreisen.

### Phase 3: Transfer

**Auswertung, Ergebnistransfer und -rückkopplung:** Grundlage der Begleitforschung ist eine enge Abstimmung und ein kontinuierlicher Austausch mit Projektverantwortlichen und -beteiligten in allen Projektphasen. Ergebnisse aus der Begleitforschung werden fortlaufend in den Diskussions- und Umsetzungsprozess über Zwischenberichte und regelmäßige Netzwerktreffen rückgekoppelt.

Darüber hinaus werden zum Ende des Prozesses die Ergebnisse aus der Begleitforschung in einem Endbericht zusammengefasst sowie Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen formuliert. Ergänzend wird ein Bericht über gute Beispiele aus der Praxis übertragbare Elemente zur Organisation und strukturellen Verankerung kommunaler Integrationspolitik aus den untersuchten Gebieten darstellen. Einen wichtigen Meilenstein zur Diskussion von relevanten Rahmenbedingungen für gelungene Integration und übertragbaren Handlungs- und Orientierungsbausteinen für lokale Akteure bildet die Fachtagung im September 2010. Die Fachtagung richtet sich an Politiker und Praktiker in peripheren Klein- und Mittelstädten und lädt sie zur Diskussion der vorläufigen Ergebnisse aus dem Projekt ein. Ergebnisse aus dem

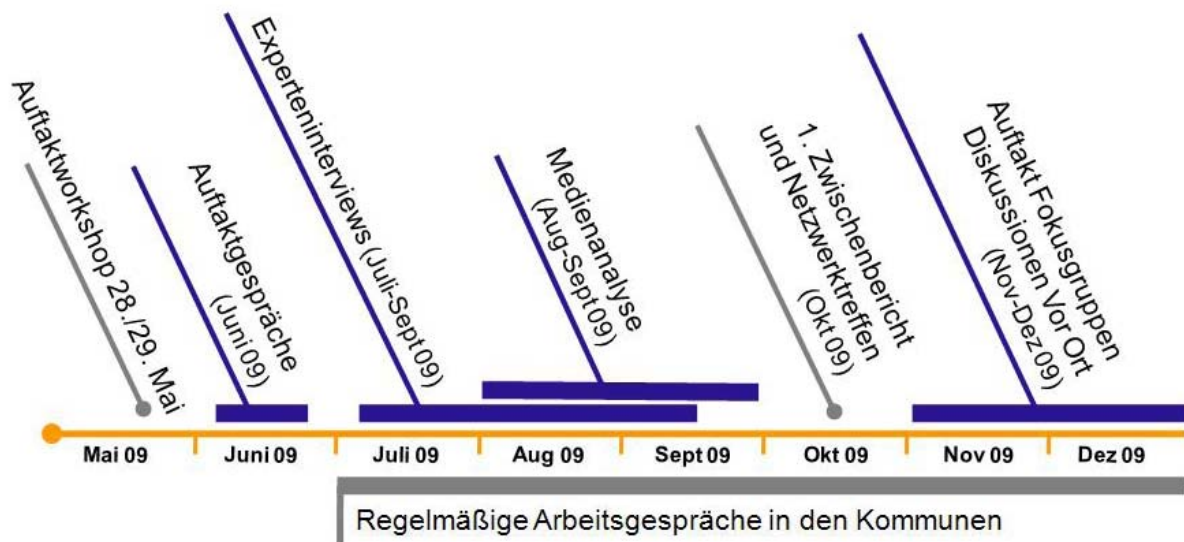
Projekt werden durch die Auftragnehmer bei der Abschlusskonferenz im September 2011 einem breiten Publikum vorgestellt.

Anmeldung der Teilnehmer

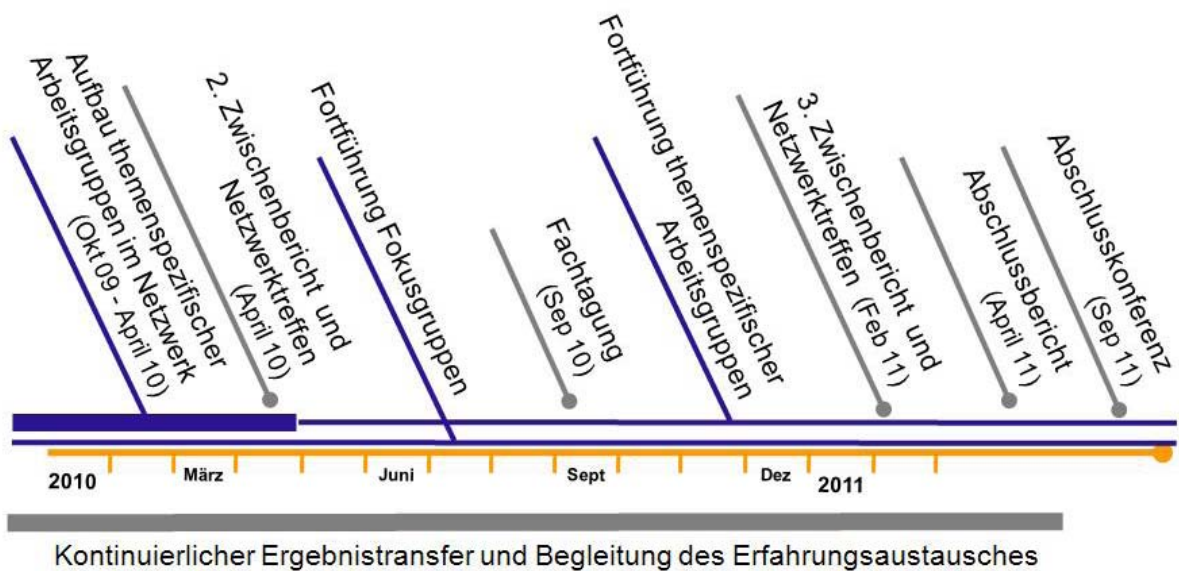


## » Zeitplanung

## Zeitplanung 2009



## Zeitplanung 2010/11



### 3 | Einleitende Vorträge

#### » Zuwanderer im ländlichen Raum – Annäherungen an das Themenfeld

**Prof. Dr. Roland Roth** | Hochschule Magdeburg-Stendal



#### » Stadt-Land-Differenz

Prof. Roth stellt grundsätzliche Überlegungen zur Zuwanderung im ländlichen Raum vor. Zunächst betrachtet er die sich in mehrfacher Hinsicht abschwächenden Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum.

Unter den Bedingungen moderner Gesellschaften bleiben heute lediglich Restbestände des traditionellen ländlichen Raumes übrig: Erwerbsarbeit erfolgt oft außerhalb des ländlichen Raumes, die dörflich geprägten Siedlungen bilden meist keine örtlichen Gemeinschaften mehr. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Vorstellungen von dem, was ländlichen Raum (in Abgrenzung zur Stadt) typischerweise ausmacht, zu überdenken und den ländlichen Raum vielmehr als posttraditionale Landschaft, geprägt durch hybride Strukturen, zu verstehen.

#### » Städtische Prägung der Integrationsdebatte

Tendenziell wird den großstädtisch geprägten urbanen Räumen eine größere Integrationsfähigkeit zugesprochen als den ländlichen Räumen. Städte seien als Orte der Vielfalt „Integrationsmaschinen“, ländliche Räume hingegen wiesen Integrationsbarrieren durch intensivere soziale Kontrolle und tendenziell höhere Fremdenfeindlichkeit auf. Allerdings sind Städte auch als Orte massiver Desintegrationprozesse zu betrachten (Ghettos, Parallelgesellschaften, Banlieues etc. als Chiffren), während der ländliche Raum durch ein ausgeprägteres Vereinswesen, die vergleichsweise leichtere Möglichkeit, Hauseigentum zu erwerben, sowie durch intensivere Nachbarschaften auch integrationsfördernde Strukturen aufweist. Das Sprichwort „Die Kirche im Dorf lassen“ verweist auf das auch im ländlichen Raum gegebene Integrationspotenzial.

#### » Die Debatte um Integration geht fälschlicherweise von einem „objektiven Problemdruck“ aus

Ausländeranteile sind keine Größe, die über den Umfang eines Integrationsproblems Auskunft geben können. Auch bei einem geringen Migrantenanteil an der Bevölkerung kann es zu großen Integrationschwierigkeiten kommen. Integration ist als ein lokales Geschehen aufzufassen, auf das es unterschiedliche Antworten gibt. Kreative Ideen und Konzepte sind ebenso wichtig wie ein lokal sensibler Blick, weil die Kosten, aber auch der Nutzen erfolgreicher Integration auf lokaler Ebene am deutlichsten sichtbar wird. Bislang fehlen vergleichende lokale Analysen von Integrationsprozessen, die günstige bzw. ungünstige Bedingungen und Strategien benennen.

Es gibt eine klar erkennbare Siedlungsstruktur von Migranten in Deutschland: Die Hälfte der Zuwanderer, aber nur etwas mehr als ein Viertel der Einheimischen lebt in Großstädten. In Stuttgart beträgt der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund beispielsweise 40%. Der Anteil der unter 5-Jährigen mit Migrationshintergrund liegt in sechs deutschen Städten sogar bei über 60%. Die Kluft in der Stadt-Land-Siedlungsverteilung zwischen Einheimischen und Zugewanderten hat sich allerdings durch den Zuzug von Aussiedlern verringert: Die Aussiedler sind stärker an den Siedlungsmustern der Einheimischen orientiert und siedeln sich verstärkt im suburbanen Raum an.

Generell ist das Integrationsgeschehen in Deutschland durch drei Faktoren begünstigt: eine polyzentrische Siedlungsstruktur, ein breit gefächertes Netz von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Tatsache, dass es zwar räumliche Verdichtungsfelder von Migranten unterschiedlicher Herkunft, aber keine größeren Ballungsräume im Sinne von Ghettos gibt.

#### » Einbettung des Migrationsgeschehens

Es ist soziologisch davon auszugehen, dass ein reges Migrationsgeschehen generell impulsgebend und modernisierend wirkt. Die Bedeutung der Binnenmigration von Einheimischen wird dabei meist vernachlässigt. So waren es beispielsweise in der Region um Coburg vor allem die nach der Wende aus dem ehemaligen West-Berlin zugewanderte Binnenmigranten, die im Rahmen von „Attac“-Aktionen Widerstand gegen Strommasten geleistet haben. Das klassische Bild vom Land trifft vor allem dort nicht mehr zu, wo es viele Zu- und Wegzüge gibt. Die mobilitätsbedingte „Durchmischung“ durch Binnenwanderung beeinflusst die dörfliche Integrationsfähigkeit in der Regel positiv und erleichtert auch die Integration von Migranten.

#### » Integrationskonflikte

Konfliktfreiheit ist kein Ideal, von dem sich auf eine gelungene Integration schließen lässt. Oft schwelen unter der Oberfläche Konflikte weiter, viele bleiben oh-

nehin latent, um bei (un)passender Gelegenheit sichtbar zu werden. Vielmehr können Kontroversen – z.B. um einen Moscheebau – auch integrationsfördernd wirken, sofern sie mit einer offenen und zivilen Auseinandersetzung einhergehen. Zudem muss man oftmals genauer hinschauen, um zu erkennen, wer und was hinter einem Konflikt steckt. Diejenigen, die eine Streitigkeit austragen, müssen nicht unbedingt diejenigen sein, die eigentlich im Konflikt miteinander stehen. So wurde im Rahmen einer Lokalstudie im Hunsrück ersichtlich, dass der dort zwischen Aussiedlern und Einheimischen vorhandene latente Konflikt zwar von Jugendlichen beider Gruppen ausgetragen wird (z.B. in Form des Streits um die Nutzung von Jugendzentren), sich hinter dieser Auseinandersetzung allerdings die Elterngeneration betreffende Spannungen verbergen: Den Zugewanderten war es aufgrund günstiger Bedingungen möglich, sich vergleichsweise schnell sozial und wirtschaftlich zu etablieren, was auf Unmut und Neid der Einheimischen gestoßen ist.

### » Gestaltungsansprüche

Welche Gestaltungsansprüche für Integration kann man auf kommunaler Ebene stellen? Generell kann zwischen passiven, offensiven und pragmatischen Integrationskonzeptionen unterschieden werden.

Eine passive Konzeption sieht keine aktive Gestaltung seitens der Kommune vor und verharrt in einer „Nicht-Politik“. Eine offensive Konzeption strebt über aktives Eingreifen Chancengleichheit an, oftmals verknüpft mit dem Bestreben, mehr Zuwanderer zu gewinnen, um die anstehenden demographischen und sozialen Probleme konstruktiv zu lösen. Eine pragmatische Konzeption hingegen wirkt zwar einer offenen Benachteiligung von Migranten entgegen, eine grundlegende Problembewältigung wird jedoch nicht als kommunale Aufgabe gesehen. Letztere Konzeption findet sich heute vor allem im ländlichen Raum, wo die Herausforderungen generell größer sind, da diese Gebiete stärker vom demographischen Wandel und seinen Folgen betroffen sind. Die Konfrontation mit Diversität und Vielfalt wird deshalb auch im ländlichen Raum zukünftig steigen. Welche Konzepte brauchen wir vor diesem Hintergrund?

In den nächsten zwanzig Jahren wird die Bevölkerung in Deutschland um fünf Millionen schrumpfen. Dabei wird der Anteil der über 65-Jährigen um 40% steigen, der der Kinder und Jugendlichen hingegen um 25% sinken. Dies wird je nach Gebiet in unterschiedlicher Stärke ausgeprägt sein, so dass eine zunehmende Auseinanderentwicklung der Lebensqualität und Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen der BRD zu erwarten ist.

### » Lokale Gestaltungsräume – überörtliche Programme

Es gibt eine lebendige Projektlandschaft in Sachen Integration, die über Länder-, Bundes- und Europa-

ebene sowie über Stiftungsarbeit etc. ermöglicht wird. Für den ländlichen Raum ist zu beobachten, dass falsche Leitthemen integrationspolitische Initiativen behindern. Die Entwicklung des ländlichen Raumes wird überwiegend im Rahmen der Agrarentwicklung diskutiert, obwohl der landwirtschaftliche Sektor hinsichtlich der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung selbst in vielen ländlichen Regionen lediglich einen Randbereich darstellt. Innovationen für den ländlichen Raum gehen heute vor allem von den dort angesiedelten Hochschulen aus. Die Öffnung für Vielfalt kann auch anders erzielt werden. Das Projekt „Culture on the Road“ des Berliner „Archivs der Jugendkulturen“ gibt ein gutes Beispiel, weil es die Auseinandersetzung mit verschiedenen Jugendkulturen auch dann ermöglicht, wenn es sie vor Ort in dieser Form gar nicht gibt. Es handelt sich dabei um ein variables Programm von Informationsveranstaltungen und praktischen Workshops, das bundesweit in Schulen, Ausbildungsstätten sowie Jugendhäusern gebucht und durchgeführt werden kann. Damit wird der Horizont für ein buntes, vielfältiges Dasein eröffnet, das auch die Integration von Zuwanderern im ländlichen Raum erleichtern kann.

### » Dreizehn Beiträge für eine gelungene lokale Integrationspraxis:

- 01 | Integrationswillen der lokalen Eliten
- 02 | Kommunales Leitbild
- 03 | Ressourcenorientierung (statt Defizitorientierung)
- 04 | Bürgerbeteiligung
- 05 | Vernetzung (z.B. von kleinen und mittleren Unternehmen mit Schulen etc.)
- 06 | Sozialräumliche Angebote, Schaffung von Begegnungsorten
- 07 | Abbau diskriminierender Strukturen (raus aus Heimen und Massenunterkünften, ausländerfreundliche Administration)
- 08 | Interkulturelle Öffnung
- 09 | Bürgerschaftliches Engagement von und für Zugewanderte: Lotsen, Mentoren, Patenschaften
- 10 | Förderung und Würdigung von Selbstorganisationen der Migranten
- 11 | Lokal angepasste Formen in zentralen Integrationsbereichen, z.B. Sprachstammtisch statt VHS
- 12 | Willkommens- und Anerkennungskultur
- 13 | Qualitätskontrolle der Initiativen, Evaluation der Integrationssituation

## » Migration und Integration in Ostdeutschland

**Prof. Dr. Karin Weiss** | Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg



In den neuen Bundesländern hat Integration andere Rahmenbedingungen als in den alten. So gibt es im Osten weit weniger Zuwanderer als im Westen der Republik. Von den bundesweit 15,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben lediglich 4,3% in Ostdeutschland (bei 16,2% der Gesamtbevölkerung der BRD), was einem Anteil von 4,7% an der ostdeutschen Bevölkerung entspricht.

Die Zuwanderer in den neuen Bundesländern sind anderer Herkunft als die in Westdeutschland ansässigen Migranten aus den klassischen bundesdeutschen Anwerbestaaten. Die Mehrzahl der Zuwanderer – vor allem die nach der Wiedervereinigung eingereisten jüdischen Kontingentflüchtlinge, Spätaussiedler, Asylbewerber und Flüchtlinge – sind per gesetzlich geregelter Zuweisung von neuen Bundesländern aufgenommen worden, so dass es sich nicht immer um eine freiwillige Ansiedlung handelt. Die Zuweisung erfolgte überwiegend in die kleineren „Ballungszentren“ der mittleren und kleinen Städte, nicht in die peripheren Räume. Dort befinden sich lediglich die Gemeinschaftsunterkünfte der Asylbewerber und Flüchtlinge. Die Zuweisungszuwanderung ist fast zum Erliegen gekommen, so dass mittlerweile der Familiennachzug die einzige nennenswerte Zuwanderung in den neuen Bundesländern darstellt. Bis heute gibt es so gut wie keine Arbeitsmigration in Ostdeutschland.

Bei der Mehrzahl der Migranten in den neuen Bundesländern handelt es sich um Neu-Zugewanderte und damit um die erste Generation – mehr als 70% der Ausländer sind weniger als zehn Jahre in Deutschland (in Westdeutschland liegt dieser Anteil lediglich bei 37,6%). Dies ist, unter anderem, ein Grund dafür, dass mehr als die Hälfte der Ausländer in Ostdeutschland einen ungesicherten Aufenthaltsstatus

hat, in den alten Bundesländern sind es nur 36,6%. Sobald die rechtliche Situation es erlaubt, wandern viele, Spätaussiedler wie auch Kontingentflüchtlinge, häufig in die (westdeutschen) Gebiete mit besseren Arbeitsmarktchancen ab. Die hohe Arbeitslosigkeit im Osten erschwert die wirtschaftliche Integration. Sowohl unter der einheimischen Bevölkerung als auch unter den Ausländern ist die Arbeitslosigkeit jeweils doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Die ökonomischen Voraussetzungen für Integration im Osten sind entsprechend schlecht.

Unter den Zuwanderern in den neuen Bundesländern gibt es deutlich mehr Hochqualifizierte als in Westdeutschland. Jeder fünfte Bürger mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland hat mindestens einen Fachhochschulabschluss, was ein großes Potenzial darstellt. Damit sind die Zugewanderten in Ostdeutschland im Durchschnitt sogar besser qualifiziert als die einheimische ostdeutsche Bevölkerung. Oftmals werden die Abschlüsse der Migranten jedoch nicht anerkannt und sind somit auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht verwertbar. Die Arbeitsmarktintegration ist eine Hauptsäule der Integration von Zuwanderern, insofern sind hier dringend Maßnahmen wie etwa das Anbieten von Anpassungsqualifikationen erforderlich. Da die mitgebrachten Bildungsressourcen bislang kaum genutzt werden können und der Arbeitsmarkt angespannt ist, hängt ein Drittel der Migranten von Unterstützung durch die öffentliche Hand ab; in den westdeutschen Kommunen liegt dieser Anteil lediglich bei 12%. Die hohe Qualifikation der Migranten verbindet sich in der Regel mit dem Anspruch, den eigenen Kindern eine umfangreiche Bildung zu ermöglichen, so dass das vorhandene kulturelle Kapital weiter gegeben wird und unter der nachwachsenden Migrantengeneration trotz der oft schwierigen sozialen Lage ebenfalls hohe Bildungserfolge zu verzeichnen sind. Diese in Deutschland geborene zweite Generation wird jedoch bislang von den integrationspolitischen Akteuren kaum wahrgenommen, gerade weil sie sehr gut integriert ist. Da der westdeutsche Diskurs die ostdeutsche Integrationspolitik beherrscht, ohne dabei die Differenzen der Integrationsbedingungen zwischen neuen und alten Bundesländern zu berücksichtigen, wird auch der überwiegend defizitorientierte Blick des westdeutschen Diskurses unreflektiert übernommen. Diese Defizitorientierung ist insofern nicht angemessen, als die Integration der nachwachsenden Generation in den neuen Bundesländern sehr gut gelingt: Fast alle Migrantenkinder besuchten die im Gegensatz zu Westdeutschland ausreichend vorhandenen Kindertageseinrichtungen und lernten bereits dort – angesichts eines nur geringen Migrantenanteils – zumeist unter sehr günstigen Bedingungen die deutsche Sprache, so dass die spätere Schulbildung weitgehend ohne Sprachschwierigkeiten vonstatten ging. Dies spiegelt sich in den Schulabschlüssen wider: Der Anteil der in Ostdeutschland lebenden Ausländer, die ein Gymnasium besuchen, liegt über dem bundesdeutschen

Gesamtdurchschnitt. Selbst in der Gruppe der mit 16 bis 18 Jahren Eingereisten halten sich die Schulerfolge, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß. Das hängt vor allem mit der Bildungsorientierung der Einwanderergruppen – etwa der jüdischen Bevölkerung oder den Vietnamesen – zusammen.

Will man die nachwachsende Generation der Zugewanderten in den neuen Bundesländern halten, müssen die ostdeutschen Kommunen sie als Ressource erkennen, statt sie vor dem Hintergrund niedriger Arbeitsmarktintegration lediglich als Kostenfaktor wahrzunehmen. Junge Migranten sind in Ostdeutschland oft mit Benachteiligung und Diskriminierung konfrontiert. Die Bewerberbefragung 2006 des Bundesinstituts für Berufsbildung beispielsweise zeigt (sowohl für ost- wie auch westdeutsche Bewerber), dass es hinsichtlich der beruflichen Einmündung gerade bei höheren Bildungsabschlüssen zu einer Benachteiligung der Migranten gegenüber Einheimischen kommt. Zudem weist die ostdeutsche Bevölkerung aufgrund der historischen Entwicklung wenig Erfahrung im Umgang mit fremden Kulturen auf, was sich in einem tendenziell fremdenfeindlichen gesellschaftlichen Klima ausdrückt, auch wenn die Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund abgenommen haben. Interkulturelle Öffnung als Voraussetzung von Integration gilt es in Ostdeutschland in besonderem Maße zu stärken. Auch bei einem vergleichsweise niedrigen Migrantenanteil ist interkulturelle Kompetenz als Leitidee in den Kindertageseinrichtungen und Schulen zu etablieren, nicht zuletzt um die großen Chancen der Zuwanderung, vor allem der zweiten Generation, erkennen und nutzen zu können.

v.l.: Dr. Michael Griesbeck | Kenan Küçük | Detlef Bröker | Min.Dir.a.D. Dr. Gerold Lehnguth



## 4 | Integration in Klein- und Mittelstädten – Herausforderungen, Potenziale, Perspektiven

### » Gesprächsrunde

#### Moderation:

**Hans-Jürgen Fink** | Deutschlandradio Kultur



v.l.: Hans-Jürgen Fink | Sabine Süß | Prof. Dr. Roland Roth

#### Teilnehmer:

**Regina Jordan** |

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

**Ulrich Mohn** | Deutscher Städte- und Gemeindebund

**Dr. Klaus Ritgen** | Deutscher Landkreistag

**Prof. Dr. Roland Roth** |

Hochschule Magdeburg-Stendal

**Sabine Süß** | Schader-Stiftung

**Prof. Dr. Karin Weiss** | Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

*Moderator:* Knüpft das Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ an das Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ an, das zwischen 2004 und 2007 die

sozialräumliche Integration von Zuwanderern in den großen Städten betrachtet hat?

*Sabine Süß:* Mit dem Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ hatte sich die Schader-Stiftung den großen Städten zugewandt, um sich mit dem Integrationsraum Wohnquartier und den Integrationsanforderungen in stadträumlich stark segregierten Wohngebieten auseinanderzusetzen. Da die Integration von Zuwanderern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist, die auch die ländlichen Regionen betrifft, war von Anfang an klar, dass der Fokus auch auf die Gebiete außerhalb der Ballungsregionen gelegt werden sollte. Insofern ist das Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ als Fortsetzung und als logische Konsequenz aus „Zuwanderer in der Stadt“ aufzufassen. Zudem gilt es für die ländlichen Räume im Bereich der Integration eine Forschungslücke zu schließen, da über Integrationsbedingungen und -potenziale außerhalb der großen Städte bislang wenig bekannt ist. Was die Frage der Übertragbarkeit der Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ auf den ländlichen Raum anbelangt, so gibt es gesplante Ansichten. In dem 2007 von der Schader-Stiftung gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgerichteten Workshop zum Thema „Integration in ländlichen Gebieten - Bestandsaufnahme, Probleme, Perspektiven“ wurde genau diese Frage der Übertragbarkeit diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass die Erfahrungen der Regionalkoordinatoren des Bundesamtes auf vergleichsweise große Unterschiede bei den Integrationsbedingungen zwischen Ballungsregionen und ländlichem Raum schließen lassen.

*Moderator:* Eine Frage an die Projektpartner: Aus welchen Gründen und mit welchen Erwartungen unterstützen Sie das Forschungs-Praxis-Projekt, das sich der Integration in den ländlichen Regionen annimmt?

v.l.: Dr. Klaus Ritgen | Prof. Dr. Karin Weiss | Regina Jordan | Ulrich Mohn | Hans-Jürgen Fink | Sabine Süß | Prof. Dr. Roland Roth



*Regina Jordan:* Die Entscheidung für die finanzielle Unterstützung des Projekts, die das Bundesamt neben dem Europäischen Integrationsfonds leistet, sowie für die inhaltliche Begleitung als Projektpartner hat das Bundesamt ohne Zögern und mit großer Überzeugung getroffen. Ausgangspunkt für das Bundesamt waren die regelmäßigen Treffen der Regionalkoordinatoren, bei denen sich schnell herausstellte, dass in den ländlichen Gebieten offensichtlich andere Integrationsschwierigkeiten bestehen als in Ballungsregionen. Die Integrationsmaßnahmen erreichen im ländlichen Raum oftmals nicht ihre Zielgruppe, die vorhandenen Angebotsstrukturen sind teilweise wenig ausgeprägt, es hängt viel von einzelnen engagierten Personen ab und es ist schwierig, Ansprechpartner vor Ort ausfindig zu machen und Netzwerke aufzubauen. Daher müssen für den ländlichen Raum spezifische Vorgehensweisen gewählt werden, wenn die Integration von Zuwanderern auch hier befördert werden soll. Vor diesem Hintergrund erwartet das Bundesamt entsprechende Erkenntnisse und Empfehlungen durch das Forschungs-Praxis-Projekt.

*Ulrich Mohn:* Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund erhofft von dem Projekt, das er als Projektpartner begleitet und unterstützt, mehr Klarheit über die Situation in den ländlichen Räumen. Viele Fragen sind hier noch offen: Sind die Netzwerke in den ländlichen Regionen anders als in den Städten? Auf welcher Ebene werden sie geknüpft? Entstehen sie weitgehend eigenständig oder kann man hier Anstöße geben? Hat die für den ländlichen Raum typische Kultur positive Auswirkungen auf die Integrationsbedingungen? Oder erschweren etwa Abschottungstendenzen die Integration? Diese Fragen gilt es im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projekts zu klären. Das Projekt ist ein wichtiger Baustein und ein Gewinn für die Arbeit des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, da auf diesem Wege ein Austausch mit der Praxis stattfindet und die Erfahrung von Praktikern und Wissenschaftlern als Input für die weitere Arbeit genutzt werden kann.

*Klaus Ritgen:* Das Projekt wird vom Deutschen Landkreistag unterstützt, unter anderem weil es über eine rein wissenschaftliche Betrachtung hinausgeht. Es werden Anregungen aus der Praxis aufgenommen, wissenschaftlich analysiert und auf diese Weise ein Handlungswissen generiert, auf das sich der Deutsche Landkreistag in seiner Arbeit als kommunaler Spitzenverband stützen kann. Eine wesentliche Funktion des Deutschen Landkreistages besteht darin, Informationen zu bündeln, an die Landkreise weiterzugeben und entsprechende Empfehlungen auszusprechen. Hier kann das Forschungs-Praxis-Projekt einen wichtigen Beitrag leisten.

*Moderator:* Sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Integration spürbar?

*Ulrich Mohn:* Es gibt deutliche Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern. Allerdings ist eine einfache Ost-West-Unterscheidung zu undifferenziert. Vielmehr muss der Fokus auf die einzelne Kommune gelegt werden, da etwa Einstellungen und Willkommenskultur der Aufnahmegesellschaft, Infrastruktur oder die Entfernung zu den einzelnen Integrationsangeboten mitunter sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland von Kommune zu Kommune unterschiedlich ausfallen können.

*Roland Roth:* Die jeweils verschiedenen Zuwanderergruppen in Ost- und Westdeutschland sind ein wichtiger Aspekt. Allerdings können daraus nicht unmittelbar lokale Strategien abgeleitet werden. In Dörfern einer Region, in denen Migranten der gleichen Herkunftsländer leben, sind teilweise große Unterschiede festzustellen, was Integrationsbedingungen und die -bereitschaft betrifft. Ein wichtiger Punkt ist der „strukturelle Rassismus“, der sich z.B. in der Unterbringungspraxis von Asylbewerbern zeigt. Auch die institutionelle Diskriminierung durch die Ausländerbehörden kann ein großes Problem darstellen. Aus Interviews mit farbigen Asylbewerbern wissen wir, dass diese zum Teil mehr Angst vor dem Gang zur Ausländerbehörde als vor den lokalen Rechtsextremen haben.

*Karin Weiss:* Auch wenn eine kleinteilige Betrachtung und damit eine stärkere Differenzierung angebracht ist, so schließt das die Fokussierung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland nicht aus.

Dr. Klaus Ritgen | Prof. Dr. Karin Weiss



*Frau Süß:* Mit dem Forschungs-Praxis-Projekt sind nicht alle Problemkonstellationen zu erfassen, aber mit der Auswahl der Teilnehmerstädte und -landkreise können modellhafte Ableitungen vorgenommen werden. Insofern sollte im Rahmen des Projekts nicht zu stark auf Ost-West-Unterschiede eingegangen werden. Im übrigen sind lediglich zwei der 24 Landkreise, die sich im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens für eine Projektteilnahme beworben haben, aus Ostdeutschland. Diese beiden Landkreise sind nun auch an dem Projekt beteiligt. Wichtig ist, dass das Projekt die Gesamtgesellschaft und damit

sowohl die Situation der Zuwanderer als auch die der Aufnahmegesellschaft betrachtet.

*Moderator:* Gibt es einen Trendumschwung in Sachen Integration bei den Kommunen und erscheint Ihnen die Etablierung von Integrationsbeauftragten erforderlich?

*Klaus Ritgen:* Als kommunaler Spitzenverband kann der Deutsche Landkreistag auf Probleme hinweisen und Empfehlungen aussprechen, hat jedoch keine Weisungsbefugnis. Im Rahmen ihres Beitrags zum Nationalen Integrationsplan hat die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände Empfehlungen formuliert, um die Integration zu befördern. Diese Empfehlungen implizieren die Schaffung einer entsprechenden Organisationsstruktur, mit deren Hilfe Integration als Querschnittsaufgabe behandelt werden soll. Vor dem Hintergrund der kommunalen Selbstverwaltung sollen die Landkreise, Städte und Gemeinden selbst entscheiden können, in welcher Form sie solche Organisationsstrukturen aufbauen.

*Ulrich Mohn:* Durch die Erkenntnisse des Forschungs-Praxis-Projekts können die gemeinsam ausgesprochenen Empfehlungen zukünftig konkretisiert und ihre Umsetzbarkeit erleichtert werden. Daher ist das Projekt ein wichtiger Bestandteil für die Arbeit des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der neue Erkenntnisse im Bereich der Integration transparent machen und an die Gemeinden weitergeben wird. Die kommunale Selbstverwaltung ist dabei ein hohes Gut, denn Kommunen sind innovativ und können Problembewältigungen durchaus eigenständig gestalten.

*Regina Jordan:* In der Regel betrachten die Kommunen Integration als eine Ressource, wissen aber häufig nicht, wie sie zur Nutzung dieser Ressource gelangen können. Oftmals ist den Kommunen nicht bewusst, dass Mittel und Gelder zur Unterstützung der kommunalen Integration bereitstehen. Hier müssen die Kommunen verstärkt beraten werden.

*Ulrich Mohn:* Gestützt auf die ausstehenden Projektergebnisse könnte in den Landkreisen eine entsprechende Beratung angeboten werden. Der Aufbau der Beratungsstrukturen muss vor Ort geschehen, das können die kommunalen Spitzenverbände nicht leisten.

*Roland Roth:* Die Kommunen tendieren oftmals zu der Sichtweise, eine kommunale Selbstverwaltung sei eigentlich nicht mehr möglich. Der Bund gibt zwar viele Aufgaben an die Kommunen ab, dabei handelt es sich aber oftmals um Pflichtaufgaben nach Weisung, die den Kommunen wenig eigenen Handlungsspielraum lassen. Dies wirkt sich auf die Innovationsbereitschaft der Kommunen aus, die sich zunehmend als „Ausführungsebene“ sehen und teilweise Integration „auf Befehl“ betreiben. Es ist also

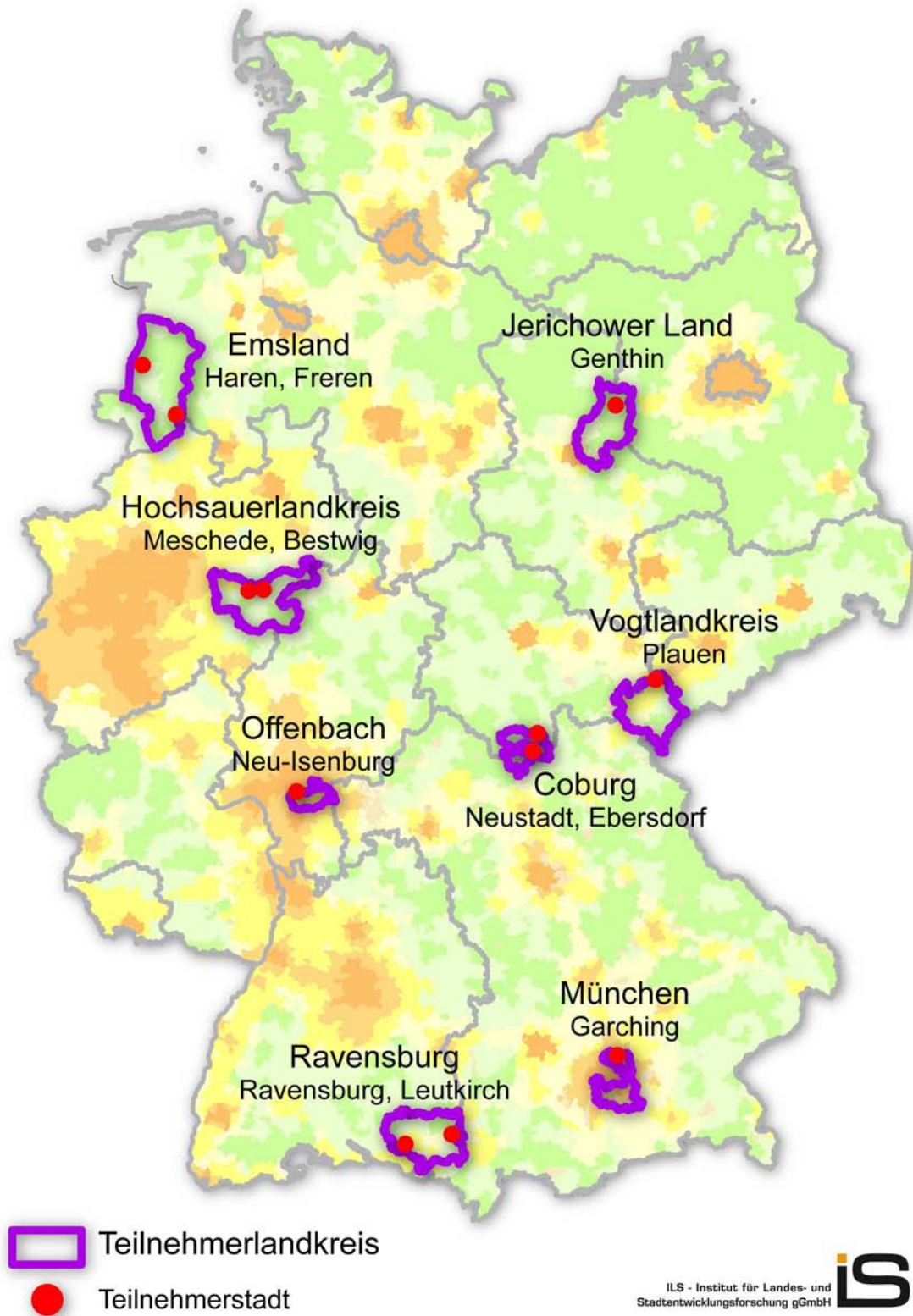
wichtig, die Gestaltungsspielräume der Kommunen zu erhalten bzw. zu erweitern.

*Moderator:* Wo kann Integration besser gelingen – in den Städten oder in den ländlich geprägten Gebieten?

*Roland Roth:* Die Ortsgröße ist nicht der entscheidende Faktor für gelingende Integration. Fehlverhalten und -entwicklungen kann es sowohl in kleinen Dörfern als auch in großen Städten geben. Ein wesentlicher Aspekt besteht darin, dass es in Sachen Integration oft ein Nebeneinander – wenn nicht sogar Gegeneinander – zwischen EU-, nationaler und kommunaler Ebene gibt. Hier muss eine sinnvolle Kooperation stattfinden, um eine gegenseitige Behinderung zu vermeiden.

*Moderator:* Vielen Dank an die Gesprächsrunde! Mit diesem ersten Tag des Auftaktworkshops haben wir einen Einstieg in das Thema der Integration in kleinen Städten und Landkreisen gefunden. Ich bin gespannt auf den morgigen Tag, an dem sich die Teilnehmerstädte und -landkreise mit dem Stand ihrer Integrationsarbeit vorstellen werden und wünsche Ihnen allen noch einen angeregten Austausch beim gemeinsamen Abendessen.

## 5 | Vorstellung der Teilnehmerstädte und -landkreise



## 5.1 | Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte in Westdeutschland



### » Hochsauerlandkreis

**Ulrike Hohmann** | Leiterin der Ausländerbehörde des Landkreises



Der Hochsauerlandkreis befindet sich im Osten von Nordrhein-Westfalen und gehört zur bekannten Tourismusregion „Sauerland“. Mit rund 2.000 km<sup>2</sup> ist er der flächengrößte Kreis im Bundesland. Große Teile des Hochsauerlandkreises bestehen aus Wald- und landwirtschaftlichen Flächen.

Mittelständische Unternehmen überwiegen, aber auch national und international bekannte Unternehmen wie beispielsweise Veltins, Falke, Ritzenhoff, Borbet, Egger und Firmen der Leuchtenindustrie finden sich im Kreis. Etwa ein Drittel der Einwohner war 2008 sozialversicherungspflichtig beschäftigt; die Arbeitslosenquote lag bei 5,7%. In seinen zwölf Städten und Gemeinden variiert die Einwohnerzahl von 4.500 bis 75.500 Menschen. Insgesamt leben im Kreis rund 273.800 Personen bei einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 139 Einw./km<sup>2</sup>.

Rund 16.500 Einwohner, dies entspricht 6% der Bevölkerung, sind Ausländer. Die größten Ausländergruppen stammen aus der Türkei (23,7%), gefolgt von Serbien und Montenegro (12,2%), Italien (11,7%) und Portugal (10,7%). Zwischen 1990 und 2008 sind dem Kreis etwa 12.600 Spätaussiedler zu-

gewiesen worden (Anteil an der Bevölkerung: 4,6%). Rund 4.000 Ausländer (1,4%) haben sich innerhalb der vergangenen acht Jahre einbürgern lassen.

Der Hochsauerlandkreis wird durch das seit 2005 bestehende Programm „KOMM-IN NRW-Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit“ gefördert. Damit erhält der Kreis Unterstützung bei der Aufgabe, Prozesse in der kommunalen Integrationsarbeit zu optimieren, um bessere Voraussetzungen für organisierte Angebote und Strukturen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu schaffen.

Mit Hilfe der KOMM-IN-Förderung hat der Landkreis eine systematische Integrationsarbeit aufgebaut. Zunächst wurden ein Integrationsbericht sowie ein Integrationsatlas, der einen Überblick über alle Integrationsangebote der Kreiskommunen gibt, erstellt. Zudem hat der Landkreis ein Sprachförderkonzept entwickelt, das sowohl Angebote für Erwachsene als auch schulbegleitende und vorschulische Angebote umfasst.

Ein Schwerpunkt der Integrationsarbeit im Hochsauerlandkreis besteht in der Vernetzung zwischen den vielfältigen Migrantenselbstorganisationen, den Kommunen, Bildungsinstitutionen und weiteren Einrichtungen.

Bislang haben drei Integrationskonferenzen im Landkreis stattgefunden. Dabei hat vor allem die erste Konferenz wichtige Anstöße gegeben. Zusammen mit den Migrantenselbstorganisationen wurde ein Integrationskonzept erstellt, das einen gemeinsam erarbeiteten Aktionsplan und konkrete Projektvorschläge enthält.

Anfang dieses Jahres wurde ein Integrationsbüro eingerichtet, das sich mit der Umsetzung des Integrationskonzeptes beschäftigt. Zu den einzelnen bislang initiierten Integrationsmaßnahmen zählen vor allem Qualifizierungsangebote wie beispielsweise das Nachholen des Hauptschulabschlusses, Angebote zur vertieften Förderung im Anschluss an Integrationskurse sowie spezielle Frauenförderkurse, die Frauen mit Migrationshintergrund an die regulären Integrationskurse heranzuführen. Auch werden verschiedene interkulturelle und interreligiöse Dialogveranstaltungen

v.l.: Georg Funke | Ulrike Starkulla | Hans-Jürgen Fink | Ulrike Hohmann



gen im Landkreis vom Integrationsbüro initiiert und unterstützt.

Zu den spezifischen Problemen des Hochsauerlandkreises zählt eine wenig dichte Migrantenbevölkerung, was durch die hohen räumlichen Distanzen Schwierigkeiten bei Erreichbarkeit, Koordinierung und Zustandekommen von Integrationskursen und anderen Angeboten zur Folge hat.



## » Meschede

**Ulrike Starkulla** | Mitarbeiterin des Fachbereichs Generationen, Bildung, Freizeit der Stadt Meschede



Meschede ist die Kreisstadt des Hochsauerlandkreises. Auf einer Gesamtgemeindefläche von knapp 218 km<sup>2</sup> leben ca. 31.700 Menschen; dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 145 Einw./km<sup>2</sup>.

Meschede verfügt über einen wirtschaftlich erfolgreichen Mittelstand. Im produzierenden Gewerbe sind mit 45% überdurchschnittlich viele Personen tätig. Rund 2.600 Einwohner besitzen einen ausländischen Pass, der Ausländeranteil beträgt damit 8,1%. Sie kommen aus insgesamt 80 Ländern, vorwiegend aus der Türkei, Portugal, Griechenland, Italien, Serbien und Montenegro, Kroatien sowie Polen. Zwischen 1990 und 2008 sind Meschede ca. 1.800 Spätaussiedler zugewiesen worden, ihr Anteil liegt mit 5,7% etwas über dem Kreisdurchschnitt. Viele von ihnen sind Baptisten, was zum Teil mit Herausforderungen für die Integrationsarbeit verbunden ist. In den letzten acht Jahren haben 575 Einwohner und damit ca. 1,8% der Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen.

Die Stadt Meschede verfügt im Bereich der Integration über kein kommunales Gesamtkonzept und hat weder einen Integrationsfachbereich noch einen Integrationsbeauftragten. Es werden jedoch Einzelmaßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern über den Fachbereich Generationen, Bildung, Freizeit umgesetzt. Als besonders erfolgreich schätzt Frau Starkulla die Vernetzung bestehender Gruppen über Netzwerke wie das Lokale Bündnis für Familie ein, in dessen Rahmen Vertreter verschiedener Institutionen, Ehrenamtliche und Politiker zusammenkommen und sich in den bestehenden Arbeitsgruppen unter anderem auch zu Integrationsfragen austauschen.

Im Jahr 1999 ist ein Ausländerbeirat in Meschede gegründet worden. Dieser trat jedoch lediglich einmal zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Bei der nächsten Wahl 2004 fanden sich keine Kandidaten mehr, so dass der Rat als gescheitert gilt. Seit 2007 nimmt die Stadt am Prozess „Zusammenwachsen im Hochsauerlandkreis“ teil, der mit der ersten Integrationskonferenz des Landkreises gestartet wurde. Ziel ist es, die Partizipation der Migranten und ihre Aktivierung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern. Zu den weiteren Aktivitäten in Meschede zählen die Stadtteilkonferenz „Meschede Nord“, bei der in regelmäßigen Treffen unter anderem an der Integrationsagenda des Stadtteils mit hohem Migrantenanteil gearbeitet wird, die Initiierung gezielter Projekte wie die „Ausbildungspatenschaften“ sowie eine Veranstaltungsreihe in der Moschee.



## » Bestwig

**Georg Funke** | Integrationsbeauftragter der Gemeinde Bestwig



Die Gemeinde Bestwig befindet sich im Norden des Hochsauerlandkreises. Auf einer Gesamtgemeindefläche von knapp 70 km<sup>2</sup> leben ca. 11.600 Menschen. Bestwig war ursprünglich stark durch den seit 1850 bestehenden Erzbergbau geprägt und weist vor diesem Hintergrund schon eine früh einsetzende Gastarbeiterreinreise auf. Vor allem Zuwanderer aus Italien, Spanien, Portugal und Polen kamen in die Gemeinde. Mit der Gastarbeiterphase der 1950er Jahre wanderten dann auch verstärkt Menschen aus der Türkei ein, die heute die größte Zuwanderergruppe der insgesamt 1.241 Ausländer (11%) in Bestwig darstellen. Die Gruppe der Polen kommt inzwischen in erster Linie zur Saisonarbeit nach Bestwig und ist überwiegend in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt. Die Gemeinde hat einen Spätaussiedleranteil von 3%. In den Jahren 2000 bis 2008 wurden in Bestwig 2,4% der Ausländer eingebürgert.

Nachdem die Bergbaugrube 1975 geschlossen wurde, brach der bis dahin größte Arbeitgeber der gesamten Region weg. Gleichzeitig verlor der stark mit dem Bergbau verbundene Bahnhof in Bestwig, dessen Verwaltung ebenfalls viele Arbeitsplätze in der Gemeinde schuf, seine Bedeutung. Durch diese Verluste war Bestwig gezwungen, sich neu zu orientieren und hat sich mittlerweile im Bereich des Tourismus etabliert. So wurde beispielsweise ein Bergbaumuseum eingerichtet und der überregional bekannte Freizeitpark „Fort Fun“ eröffnet. Zudem arbeitet Bestwig erfolgreich mit der Stadt Meschede in einer Touristikarbeitsgemeinschaft zusammen. Die wirtschaftliche Struktur in Bestwig ist heute überwiegend von mittelständischen Unternehmen geprägt: Das Titan-Aluminium Feingussunternehmen „Tital“, ein Gemeinschaftsunternehmen der Honsel-Werke AG Meschede und der W.C. Heraeus GmbH Hanau, ist einer der größten Arbeitgeber der insgesamt relativ wirtschaftsstarke Gemeinde.

Bestwig verfügt mit Herrn Funke über einen Integrationsbeauftragten und profitiert von den Integrationsimpulsen des Hochsauerlandkreises (z.B. Sprachförderung, Integrationskurse und spezielle Frauenförderkurse). Bislang hat die Gemeinde kein kommunales Integrationskonzept erstellt, leistet aber dennoch schon seit Jahren Integrationsarbeit. So gibt es regelmäßige Gespräche zwischen der Gemeindeverwaltung und den Vertretern der islamischen Gemeinde, in den durch einen hohen Ausländeranteil geprägten Kindergärten wird Sprachunterricht angeboten und die Schulsozialarbeit in der Bestwiger Hauptschule, die einen Ausländeranteil von 48% aufweist, bietet nachmittags Sprechstunden im Rathaus an.

Des Weiteren setzt sich der Verein Kinder- und Jugendnetz Bestwig e.V. (KiJu-Netz Bestwig) für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, vor allem in den Bereichen Erziehung, Bildung und Sprache ein und leistet einen Beitrag zur Integration.



## » Landkreis Ravensburg

**Franz Uebelhör** | Integrationsbeauftragter des Landkreises



Der Landkreis Ravensburg befindet sich im Südosten von Baden-Württemberg und ist flächenmäßig der zweitgrößte Landkreis im Bundesland. Auf 1.630 km<sup>2</sup> leben 276.474 Menschen bei einer Bevölkerungsdichte von 170 Einw./km<sup>2</sup>.

Der Fremdenverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Landkreis, der vom Oberschwäbischen und Westall-gäuer Hügelland geprägt ist. Die vielen Kur- und Heilbäder sowie die oberschwäbische Barockstraße locken Touristen an. Neben dem Tourismus hat insbesondere die Ravensburger AG mit ihren Spielen und Puzzles den Landkreis bzw. die Stadt Ravensburg weltweit bekannt gemacht. Die in den letzten sieben Jahren um fast 3% gestiegenen Bevölkerungszahlen, welche bis 2025 weiter wachsen sollen und Zunahmen bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie Schülerzahlen spiegeln die positive Entwicklung des Landkreises wider.

Insgesamt leben 19.500 Ausländer im Landkreis, was einem Anteil von 7,1% an der Gesamtbevölkerung entspricht. Die größten Zuwanderergruppen stammen aus der Türkei, Italien, Kroatien und Österreich. Daneben hat der Landkreis einen hohen Anteil an Spätaussiedlern.

Im Jahr 2006 ist ein Migrationsbericht erstellt worden, der einen Überblick über das Zuwanderungsgeschehen in Deutschland und im Landkreis Ravensburg gibt. Der Integrationsbericht aus dem Jahr 2008 bein-

hält acht Handlungsempfehlungen zur Einführung eines Integrationsmanagements sowie die nachfolgenden Leitziele:

- Integration als wechselseitiger Prozess
- Sprache als Fundament fördern
- Partizipation und gegenseitigen Dialog unterstützen
- gegenseitige Toleranz und Akzeptanz stärken
- Chancengleichheit in Schule, Ausbildung und Beruf ermöglichen
- Familienbildung interkulturell öffnen
- Belange der älteren Generation berücksichtigen
- sozialen Brennpunkten vorbeugen



## » Stadt Ravensburg

**Peter Ederer** | Integrationsbeauftragter der Stadt Ravensburg



Die Große Kreisstadt Ravensburg ist ein Oberzentrum in der Region Bodensee-Oberschwaben und befindet sich im Westen des Landkreises Ravensburg. In der kreisweit größten Stadt leben auf einer Gesamtgemeindefläche von 92 km<sup>2</sup> knapp 50.000 Menschen. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 536 Einw./km<sup>2</sup>. Über die Hälfte der Gemeindefläche wird landwirtschaftlich genutzt, 22% sind bewaldet.

Ravensburg ist weltweit durch seine Gesellschaftsspiele und Puzzles, aber auch durch Bücher und andere Spielwaren bekannt. Die Firmengruppe Ravensburger AG ist der größte Arbeitgeber in der Stadt. Weiterhin gibt es einige kleinere Unternehmen in der Lebensmittelbranche und mehrere Unternehmen im Bereich Maschinenbau. Der Beschäftigtenanteil in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen liegt mit 19% beinahe doppelt so hoch wie auf Landkreis- und Landesebene. Insgesamt ist die wirtschaftliche Dynamik von Ravensburg positiv einzuschätzen – in den vergangenen fünf Jahren wuchs die Zahl der Arbeitsplätze um 2,1%. Täglich pendeln 20.500 Menschen in die Stadt, darunter auch ein vergleichsweise hoher Anteil in die Schulen.

Mit 4.920 Menschen aus insgesamt über hundert Ländern beträgt der Ausländeranteil in der Stadt 10,4%. Die Zuwanderer kommen mit 20,4% überwiegend aus der Türkei. Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion stellen mit 4,2% einen hohen Anteil der Einwohner Ravensburgs.

Auffällig ist die hohe Anzahl an Migrantenvereinen – insgesamt gibt es 39 in der Stadt, darunter zwölf türkische und fünf kroatische Vereine. Mit einem dauerhaften Angebot aktiv sind allerdings nur fünf bis sieben der Vereine, hier besteht noch Aktivierungspotenzial.

Die Stadt verfügt bereits seit 1986 über einen Ausländer- bzw. Integrationsbeauftragten und seit 1987 über einen Beirat für Integrationsfragen, in dem Stadträte und Migranten vertreten sind. Insgesamt findet in Ravensburg eine aktive Integrationsarbeit statt.

Im Rahmen der alljährlichen „Wochen der internationalen Nachbarschaft“ wurde beispielsweise ein tragfähiges Netz von verschiedenen Vereinen gebildet, die sich regelmäßig zu Integrationsfragen austauschen.

Im Jahr 2003 ist das sogenannte „Rucksackprojekt“ – in Anlehnung an die erfolgreiche Projektdurchführung in den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen – von der Caritas Bodensee-Oberschwaben und der katholischen Gesamtkirchengemeinde Ravensburg in mehreren Kindergärten gestartet worden. Über eine langfristige Kooperation zwischen Eltern und Betreuungseinrichtungen soll hierbei die Erziehungskraft und Sprachbeherrschung in Kindergarten und Grundschule sichergestellt werden. Speziell geschulte „Stadtteilmütter“ begleiten dabei die muttersprachliche Kommunikation zwischen den Kindern und ihren Eltern und verbessern den Kontakt der Eltern zu Kindergarten und Schule. Mittlerweile wurde das Projekt in das Regelangebot der Stadt übernommen, hat also keinen Projektstatus mehr und kann auf Anfrage von allen Ravensburger Kindergärten in Anspruch genommen werden.

Seit 2006 beteiligt sich die Stadt an dem Integrationsprojekt des baden-württembergischen Innenministeriums „Bürgerschaftliches Engagement: Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleiberechtigte Ausländer/innen und für Spätaussiedler/innen“ teil. Bei diesem von der Landesstiftung Baden-Württemberg geförderten Projekt werden Integrationshilfen durch ehrenamtlich engagierte Bürger mit und ohne Migrationsgeschichte organisiert. Die Fortsetzung dieses Engagements wird die Stadt Herrn Ederer zufolge auch nach Ende des Projekts Mitte 2009 weiter unterstützen.

Ravensburg hat 2008 ein Integrationskonzept erstellt, das über 60 teilweise schon realisierte Projekt- und Programmansätze sowie acht Handlungsfelder mit 22 Handlungszielen enthält. Seit Beginn dieses Jahres wird ein Projekt zur interkulturellen Elternbildung durchgeführt. In der zweiten Jahreshälfte wird zudem ein Projekt zur kultursensiblen häuslichen Pflege starten.



## » Leutkirch

**Marion Reich** | Mitarbeiterin des Fachbereichs Jugend und Soziales der Stadt Leutkirch



Die Große Kreisstadt Leutkirch liegt im Landkreis Ravensburg. Sie befindet sich im Nordosten des Kreises und ist ein Mittelzentrum für die umliegenden Gemeinden. Mit einer Gesamtgemeindefläche von 174 km<sup>2</sup> ist Leutkirch flächenmäßig eine der größten Gemeinden in Baden-Württemberg. Insgesamt leben 22.400 Menschen in der Stadt, dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 127 Einw./km<sup>2</sup>. Die Hälfte der Einwohner bewohnt die Kernstadt, die andere Hälfte verteilt sich

auf die für das Allgäu charakteristischen und zum Teil relativ weit entfernten Landgemeinden.

Einer der bedeutendsten Arbeitgeber ist der Schwäbische Verlag, der seit 1945 seinen Sitz in Leutkirch hat. Er gibt die Schwäbische Zeitung, eine der größten Tageszeitungen Baden-Württembergs, heraus.

In Leutkirch leben 1.582 ausländische Bürger, was einem Anteil von 8,6% entspricht. 73 verschiedene Nationen sind in der Stadt vertreten, davon stellen Zuwanderer aus der EU den größten Anteil (38,4%). Aus der Türkei kommen 30,3%, aus dem ehemaligen Jugoslawien 17,4% und aus der russischen Föderation 4,6%. Sie leben überwiegend in der Kernstadt Leutkirchs. Über ein kommunales Integrationskonzept verfügt die Stadt bislang nicht. Verschiedene Vereine und die Kirchen bieten den Migranten jedoch Unterstützung und Beratung an. Dazu zählen unter anderem

- die Migrationsberatung des Caritaszentrums Leutkirch,
- der Migrationsbeauftragte im Evangelischen Kirchenbezirk Ravensburg,
- der türkisch-islamische Kulturverein e.V.,
- der türkische Elternverein,
- der Arbeitskreis Asyl sowie
- die Volkshochschule Leutkirch im Allgäu, die seit 2005 Integrationskurse anbietet.

In der Vergangenheit sind daneben eine Reihe von Integrationsprojekten durchgeführt worden, vor allem für Spätaussiedler, von denen vergleichsweise viele in der Stadt leben. Zudem veranstaltet das städtische Jugendhaus seit Jahren eine „Interkulturelle Woche“ und der Deutsch-Türkische Kulturverein organisierte im letzten Jahr eine „Deutsch-Türkische Kulturwoche“. Als problematisch schätzt Frau Reich die weiten Entfernungen der Leutkircher Landgemeinden zur Kernstadt sowie die relativ große Distanz zur Stadt Ravensburg ein, die die Nutzung von Integrationsangeboten für die Migranten insgesamt erschweren.

## » Landkreis Emsland

**Ulrike Otten** | Leitstelle für Integration im Landkreis



Der Landkreis Emsland liegt im Westen von Niedersachsen und weist eine 60 km lange Grenze zu den Niederlanden auf. Das Emsland ist flächenmäßig der zweitgrößte Landkreis in der Bundesrepublik. 19 Städte, Gemeinden und Samtgemeinden befinden sich im Kreis. Auf rund 2.880 km<sup>2</sup> leben 313.000 Einwohner, dies entspricht einer vergleichsweise geringen Bevölkerungsdichte von 109 Einw./km<sup>2</sup>.

Das Emsland verzeichnet einen stetigen Bevölkerungszuwachs, dabei geht das Wachstum in den vergangenen zehn Jahren sowohl auf ein positives Geburten- als auch auf ein positives Wanderungssaldo zurück. Vor dem Hintergrund eines relativ hohen Kinderanteils wirbt der Landkreis mit dem Motto „Familienfreundliches Emsland“. Im November 2005 ist die „Große Koalition für Kinder“ gegründet worden, mit der eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden soll. Zudem arbeitet der Landkreis am flächendeckenden Ausbau von Krippenplätzen und setzt zertifiziertes Tagespflegepersonal ein.

In den vergangenen fünf Jahren ist die Anzahl der Arbeitsplätze um 5,6% gestiegen. Die größten Arbeitgeber im Landkreis sind in den Bereichen des Maschinen-, Motoren- und Fahrzeugbaus und der Papiererzeugung angesiedelt. Ebenfalls viele Arbeitsplätze stehen im Schiffbau (Meyer-Werft in Papenburg), in der Erdöl- und Erdgasindustrie, der Ernährungswirtschaft sowie dem Baugewerbe zur Verfügung.

Im Landkreis leben 15.560 Zuwanderer aus 125 Nationen, was einem Ausländeranteil von 5% entspricht. Davon kommen 34% aus den Niederlanden, die nächstgrößeren Zuwanderergruppen stammen aus Polen (16,5%), Serbien und Montenegro (7,1%), der Türkei (6,5%), Ungarn (4,3%) sowie der russischen Föderation (3,4%). Nach dem Zweiten Weltkrieg hat das Emsland rund 37.000 Flüchtlinge aufgenommen. In den 1980er Jahren kamen zudem 500 vietnamesische Boatpeople in den Landkreis. Der starke Aussiedlerzug seit den 1990er Jahren führte dazu, dass mittlerweile insgesamt 22.300 Aussiedler im Emsland leben (7,1%). Diese haben Frau Otten zufolge den Landkreis wirtschaftlich insgesamt gestärkt.

Das Emsland hat sich bereits früh um die Integration der Zuwanderer bemüht. 1997 erhielt der Landkreis dafür im Wettbewerb „Vorbildliche Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland“ die Goldmedaille. Der Landkreis erstellte im letzten Jahr einen Integrationsbericht, der einen Überblick über Handlungsfelder, Akteure und Aktivitäten der Integrationsarbeit gibt. Für Transparenz in der Integrationsarbeit des Landkreises sorgt auch die „Datenbank Integration“, die Frau Otten als Mitarbeiterin der Leitstelle für Integration eingerichtet hat. Zudem zeugen die mittlerweile etablierten Einbürgerungsfeiern und das 2007 gestartete Projekt „Integrationslotsen – ehrenamtlich für eine gemeinsame Zukunft“ von den Integrationsbemühungen des Emslandes. Das Motto „Chancen für alle – ein Leben lang“, zu dem unter anderem im Februar 2008 ein Fachkongress stattfand, bietet im Landkreis immer wieder einen Rahmen, in dem auch das Thema der Integration fokussiert wird.

Die Leitstelle für Integration im Landkreis übernimmt unter anderem die Koordinierung der kommunalen Integrationsaufgaben, die kommunale Steuerung der Erstintegration sowie den Auf- und Ausbau kommunaler Netzwerke. Sie fungiert als Drehscheibe im Informationsaustausch und führt auch Projektarbeit durch. Unterstützung erhält der Landkreis bei seinen Integrationsbemühungen von den Volkshochschulen in Papenburg, Meppen und Lingen, der Migrationsberatung für Erwachsene in Papenburg, den Jugendmigrationsdiensten in Sögel, Meppen und Salzbergen sowie von der Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsen in Papenburg, Meppen und Lingen.



## » Haren (Ems)

**Dieter Pohlmann** | Bildung, Kultur, Soziales der Stadt Haren



Die Stadt Haren liegt im Westen des Landkreises Emsland im Grenzraum zu den Niederlanden. Auf einer Gemeindefläche von 208 km<sup>2</sup> leben 22.200 Menschen, das entspricht einer Einwohnerdichte von 110 Einw./km<sup>2</sup>.

Die Schifffahrt – über Jahrhunderte bereits ein Haupterwerbszweig – ist das Charakteristikum der Stadt geblieben. In Haren sind rund 50 Binnenschiffe und über 300 Seeschiffe beheimatet. Der Reedereistandort gehört zu den größten Deutschlands. Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten arbeitet im industriellen Bereich. Zu den Gewerbebezweigen mit den meisten Beschäftigten zählen Handelsbetriebe, die Seeschifffahrt und Handwerksbetriebe. Der Bau des Eurohafens Emsland hat bewirkt, dass sich weitere Unternehmen in Haren (Ems) niederlassen und neue Arbeitsplätze schaffen.

In Haren leben 1.645 Personen ausländischer Herkunft, der Ausländeranteil liegt damit bei 7,4%. Mit 1.266 Einwohnern stellen die Niederländer die größte Ausländergruppe dar, die mittlerweile 5,5% der Harenener Bevölkerung ausmacht. Der Anteil der Aussiedler beträgt 6,8%. Für die Integration der Zuwanderer setzt sich die Stadt Haren in vielfältiger Weise ein. Um den Problemen mit dem Zuzug von Spätaussiedlern in den 1990er Jahren zu begegnen, wurde seinerzeit ein Präventionsrat gegründet, der bis heute tätig ist. Weiterhin gibt es ein Jugendzentrum und einen internationalen Frauentreff in der Stadt. Das „Haus der

sozialen Dienste“ bietet regelmäßig Sprechstunden an und in der Hauptschule (Martinischule) kümmert sich seit 2008 ein Schulsozialarbeiter um Kinder mit Migrationshintergrund.

Die in diesen Institutionen geleistete Arbeit hat dazu geführt, dass Haren im Gegensatz zu anderen Gemeinden die mit der Zuwanderung verbundenen Probleme vergleichsweise gut bewältigt hat. Integrationsprobleme bestehen heute insbesondere bei der Zuwanderergruppe der Niederländer. Sie zieht es vor allem aufgrund der günstigen Baulandpreise verstärkt in das westliche Stadtgebiet Harens nahe der Staatsgrenze. Mehr als jede dritte Immobilie wird hier inzwischen von Niederländern erworben oder gebaut. Eine Integration gestaltet sich insofern schwierig, als die Niederländer vielfach weiterhin im Nachbarland arbeiten und soziale Kontakte pflegen, in Deutschland dagegen zumeist nur wohnen und nachbarschaftliche Kontakte weitgehend meiden. Auch die Kinder besuchen in der Regel weiterhin die Schule oder Kindertagesstätte in den Niederlanden, so dass sich ihre Integration als nachfolgende Generation recht schwierig gestaltet.

Erste Integrationsprojekte sind deshalb bereits angestoßen worden, so etwa das Angebot einer niederländisch sprechenden Erzieherin in einer grenznahen Kindertagesstätte und deutsch-niederländischer Unterricht in einer Grund-, Haupt- und Realschule. Ein erst gut vor einem Jahr in der Ortschaft Fehndorf gegründeter Bürgerverein hat sich die Integration der dort lebenden Niederländer auf die Fahnen geschrieben. Vom Verein initiierte Nachbarschaftsfeste, Fußballabende und Veranstaltungen zur Vorstellung des deutschen Schulsystems, sind jedoch – zum Bedauern von Herrn Pohlmann – weitgehend unbeachtet geblieben.

Wortmeldung aus dem Plenum





## » Freren

**Gregor Lonnemann** | Allgemeiner Vertreter des  
Samtgemeindebürgermeisters der Stadt Freren



**Hermann Quae** | Ordnungsamt, Aussiedlerberatung  
der Stadt Freren



Die Stadt Freren liegt im Süden des Landkreises Emsland direkt an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Auf einer Gemeindefläche von 50 km<sup>2</sup> leben 5.000 Menschen bei einer Einwohnerdichte von 104 Einw./km<sup>2</sup>. Damit ist die Stadt Freren die kleinste Stadt im Kreisgebiet. Zusammen mit vier anderen Gemeinden gehört sie zur Samtgemeinde Freren, die insgesamt rund 11.000 Einwohner hat.

Preiswerte Industrie- und Gewerbeflächen für ansied-

lungswillige Betriebe sind zentrale Standortstärken; die verkehrsinfrastrukturelle Erschließung (Autobahn, Schiene, Wasser, Luft) ist dagegen unterdurchschnittlich.

Zahlen über Ausländer und Aussiedler liegen nur für die Samtgemeinde Freren vor. Der Anteil der Zugewanderten beträgt insgesamt 11,4%, der Ausländeranteil liegt bei 2,4%. Die Hälfte der Ausländer sind EU-Bürger. Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre sind sehr viele Aussiedler in einem „Schneeballverfahren“ in die Samtgemeinde Freren und insbesondere in die Stadt Freren gekommen. Der Aussiedleranteil in der Stadt Freren ist mit 15% entsprechend hoch. Die hohe Zuwanderung hatte eine vorübergehende Wohnungsknappheit für Aussiedler und Asylanten zur Folge, da alle preislich angemessenen Wohnungen an die bereits zugewanderten Aussiedler vermietet waren. Um die Wohnungsknappheit zu überbrücken, wurden zusätzlich Wohncontainer für Asylbewerber aufgestellt. Durch entsprechende Wohnungsbauprogramme hat sich die Wohnsituation jedoch schnell entspannt.

Dem Wunsch der Aussiedler, in Freren ein Eigenheim zu errichten, konnte durch die Bereitstellung günstiger Baugrundstücke nachgekommen werden. Somit hat sich ein Großteil der Aussiedler eine bleibende Wohnstätte geschaffen.



## » Landkreis Coburg

**Martina Berger** | Sozialreferentin, Stabsstelle  
Soziales, Bildung und Kultur des Landkreises



Der Landkreis Coburg befindet sich im Norden von Bayern an der Grenze zu Thüringen. Auf einer Fläche

von 592 km<sup>2</sup> leben 89.900 Menschen. Dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 154 Einw./km<sup>2</sup>.

Im südlichen Teil des Landkreises ist die Sozialstruktur geprägt von Großfamilien und eher ländlichen Verbänden, der Norden weist hingegen eine eher städtische Struktur mit Klein- und Patchworkfamilien auf. Eine Besonderheit des Landkreises und bestimmend für seine Entwicklung ist die vormalig dreiseitige Grenzlage zur ehemaligen DDR, die zur Folge hatte, dass der Kreis nur über die Südseite verkehrlich angebunden und ansonsten infrastrukturell wenig erschlossen war. Nach der Wende kamen große Einpendlerströme in den stark industriell geprägten Landkreis. Die Arbeitsmarktlage wurde zusätzlich erschwert. Daneben traten infrastrukturelle Probleme auf, da die Straßen nicht für einen solchen Zustrom und den nun einsetzenden Schwerlastverkehr ausgelegt waren.

Ehemals starke Wirtschaftszweige wie die Spielzeug- und die Polstermöbelindustrie verlagern ihre Produktion immer weiter ins Ausland. Insbesondere gering Qualifizierte verlieren ihre Arbeit.

Während in diesen Wirtschaftszweigen die Bestandsicherung an erster Stelle steht, werden daneben neue wirtschaftliche Schwerpunkte gesucht, die noch Wachstumspotenzial bieten. Hierzu zählt die Verpackungs- und Kunststoffindustrie sowie der Automotive-Bereich. Eine weitere Herausforderung stellt die demografische Entwicklung dar: Bis zum Jahr 2025 soll die Einwohnerzahl um 7,2% sinken. Darüber hinaus schreitet die Überalterung der Bevölkerung stetig voran.

Ca. 2.600 der rund 90.000 Menschen im Landkreis Coburg besitzen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, das entspricht einem Ausländeranteil von 2,8%. Beinahe die Hälfte der Zuwanderer sind türkischer Herkunft (48%), 9% kommen aus Italien und 6% aus Polen. Der Anteil der Spätaussiedler ist noch nicht bekannt und wird derzeit erhoben.

In Bezug auf eine aktive Integrationsarbeit steht der Landkreis noch am Anfang. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung von Coburg ist Frau Berger trotz aller Herausforderungen optimistisch.

v.l.: Petra Makowski | Bettina Breuer | Sabine Süß | Gudrun Kirchhoff



## » Neustadt bei Coburg

Ines Förster | Leiterin des Familienzentrums



Die Große Kreisstadt Neustadt liegt im Nordosten des Landkreises Coburg und gehört zum Bezirk Oberfranken. Auf einer Gemeindefläche von 61 km<sup>2</sup> leben rund 16.200 Menschen bei einer Einwohnerdichte von 263 Einw./km<sup>2</sup>.

Die Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet im industriellen Sektor, ein vergleichsweise geringer Teil ist im Dienstleistungssektor beschäftigt. Ein wichtiger Arbeitgeber ist das zu Siemens und Schuckert gehörende Kabel- und Leitungswerk Neustadt KLN, durch das die strukturschwache Stadt an wirtschaftlicher Stärke gewann.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte liegt in Neustadt bei 6,3%. Davon haben drei Viertel türkische und rund 10% italienische Wurzeln. Beide Gruppen kamen überwiegend als Gastarbeiter in die Stadt, um am ehemaligen Siemensstandort zu arbeiten. In der 12.000 Einwohner starken Kernstadt ist der Anteil der Migranten mit 9% besonders hoch – 85% von ihnen sind türkischer Herkunft. Im Schnitt gibt es jährlich 353 Einbürgerungen.

Die Stadt hat spezifische Probleme bei der Integration der türkischen Migranten, die eine starke „türkische Community“ mit Abschottungstendenzen bilden. Insbesondere die türkischen Frauen leben aufgrund kultureller und sprachlicher Barrieren nahezu isoliert vom Gemeinwesen. Um die Probleme zu bewältigen, bestehen spezielle Integrationsprojekte wie ein Deutschkurs für türkische Frauen – „Mama lernt

Deutsch“ – und eine deutsch-türkische Mutter-Kind-Gruppe. Das Projekt „Bizim Birlek“ ist ein Frauengruppenprojekt, das aus „Mama lernt deutsch“ entstand, um die Anwendung der deutschen Sprache zu vertiefen. Als großen Erfolg nennt Frau Förster hierbei die Übernahme der Kursleitung beim zweisprachigen Erste-Hilfe-Kurs am Kleinkind durch eine Türkin aus der Frauengruppe. Im Herbst dieses Jahres wird „Bizim Birlek“ als Plattform für die Auseinandersetzung mit kultursensiblen Erziehungsthemen genutzt werden.

Neben den Frauen sind in Neustadt auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund benachteiligt. Lediglich 10% der Schüler mit Migrationshintergrund besuchen eine weiterführende Schule. Um hier mehr Chancengleichheit zu schaffen, sind spezielle Projekte ins Leben gerufen worden. So geben beispielsweise im Rahmen von „Schüler helfen Schülern“ Gymnasiasten mit Migrationshintergrund Grundschulern der gleichen Herkunft Sprachunterricht und fungieren gleichzeitig als wichtige Vorbilder.

Frau Förster betont, dass die bisherigen Integrationsbemühungen zwar Unterstützung für Migranten bieten, diese aber zukünftig noch stärker in das gesellschaftliche Leben eingebunden werden müssen.



## » Ebersdorf

**Danica Faber** | Jugendpflegerin der Gemeinde



In Ebersdorf leben auf einer Gemeindefläche von knapp 26 km<sup>2</sup> rund 6.400 Menschen. Die Einwohnerdichte beträgt 240 Einw./km<sup>2</sup>.

Ebersdorf ist stark industriell geprägt. Wirtschaftlich wichtig sind vor allem die Möbel- und Polsterindustrie, die Wellpappen- und Vliesstoffherstellung sowie der Maschinenbau. Entgegen dem allgemeinen Trend arbeitet die große Mehrheit der Erwerbstätigen – wie es typisch ist für den Landkreis Coburg – im industriellen Sektor (83,9%).

Rund 700 Einwohner und damit knapp 11% der Ebersdorfer Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Ein Großteil von ihnen kam aufgrund der industriellen Prägung in die Kommune. Die größte Migrantengruppe (29%) ist türkischstämmig, 25% kommen aus Kasachstan und rund 14% aus Russland. Die weiteren ca. 31% sind Migranten anderer Herkunftsländer. Die reine Ausländerquote in Ebersdorf liegt bei 4%. Von den insgesamt 266 Ausländern stammen fast zwei Drittel aus der Türkei. 7,5% der ausländischen Bürger stammen aus Polen, 5,2% aus Kasachstan. Zudem leben 30 Optionsdeutsche in der Gemeinde.

Von 1989 bis 2006 befand sich in Ebersdorf die Aussiedler-Regierungsaufnahmestelle für Oberfranken. Für die Aussiedler wurden insgesamt fünf Übergangswohnheime mit je 300 Kapazitäten bereitgestellt. Nach der Schließung des letzten Wohnheimes im Jahr 2005 endete auch die Arbeit der Regierungsaufnahmestelle in Ebersdorf. Heute noch ist der Anteil der Aussiedler in der Gemeinde vergleichsweise hoch.

Bereits seit 1996 ist Ebersdorf im Aufgabenfeld der Integration aktiv und hat mittlerweile eine Vielzahl an Integrationsangeboten etabliert. Vor allem die türkischstämmige Bevölkerung und die Gruppe der Aussiedler werden durch entsprechende Integrationsprojekte unterstützt. Eine wichtige Rolle dabei spielen die freien bzw. kirchlichen Träger. So fand seit 1996 über zehn Jahre das Aussiedlerintegrationsprojekt „Füreinander-Miteinander“ in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband der Stadt und dem Landkreis Coburg statt. Hierbei ging es um die Öffnung der Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit für Migranten.

Beim Bundeswettbewerb des Roten Kreuzes „Vorbildliche Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland“ erhielt die Gemeinde im Jahr 1997 die Bronzeplakette. Im Jahr 2007 konnte in Kooperation mit der Evangelischen Jugend ein neues Projekt als Bestandteil der Integration im Jugendbereich installiert werden. „Vorbilder-Menschenbilder-Männerbilder“ hat zum Ziel, die überwiegend männlichen, benachteiligten Jugendlichen an einem selbstverantworteten Gemeinwesen zu beteiligen. Der Schwerpunkt liegt bei Jugendlichen mit russisch-deutscher Abstammung. Die Fortführung der Integrationsarbeit für alle Altersstufen kann seit dem Jahr 2008 durch die Migrationserstberatungsstelle des Kreis-Caritasverbandes gewährleistet werden. Hilfestellung in Behördenfragen oder bei sozialen Angelegenheiten

steht dabei im Vordergrund der Leistung. Das Bündnis für Familie und das Jugendforum stellen weitere Anlaufpunkte für Migranten dar. Darüber hinaus werden in Ebersdorf die Integrationsvoraussetzungen mit Angeboten wie Integrationskursen, „Mama lernt Deutsch“, „Hilfe bei Leseschwierigkeiten“, Nachhilfeangeboten für Schüler mit Migrationshintergrund und Pflichtsprachkursen für Vorschulkinder verbessert.

Zudem bietet der ortsansässige türkisch-islamische Kulturverein für seine Mitglieder in Ebersdorf und den umliegenden Gemeinden verschiedenartige Angebote im kulturellen und religiösen Bereich. Seit 2002 ist die Moschee in Ebersdorf ein fester religiöser Bestandteil der Gemeinde. Die Caritas-Migrationsberatung ermöglicht ein Kennenlernen der türkischen Kultur durch gezielte Musikurse.

## 5.2 | Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte in Ostdeutschland



### » Landkreis Jerichower Land

**Cordula Bergt** | Leiterin Stabsstelle Integration des Landkreises



Das Jerichower Land befindet sich im Nordosten von Sachsen-Anhalt an der Grenze zu Brandenburg. Seit der Kreisgebietsreform des Landes im Jahr 2007 leben auf einer Fläche von 1.576,66 km<sup>2</sup> knapp 100.000 Menschen. Dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 63 Einwohnern/km<sup>2</sup>.

Der Landkreis weist eine gute infrastrukturelle Anbindung auf, die A2 sowie fünf hochfrequentierte Bundesstraßen führen durch das Jerichower Land. Wirtschaftlich stellt der Landkreis – vor allem im Raum Burg – eine der stärksten Regionen in Sachsen-Anhalt dar. Nahrungsmittelindustrie (z.B. Knäcke-Werke), Stahlverarbeitung, Papier- und Möbelindustrie sind die wirtschaftlichen Schwerpunkte des Landkreises, der von seiner Nähe zu Magdeburg profitiert.

Bei 1.188 Menschen mit ausländischem Pass beträgt der Ausländeranteil im Jerichower Land 1,2%. Der geschätzte Zuwandereranteil ist um einiges höher: Insgesamt leben mehr als 2.000 Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis. Die größten Gruppen sind die der Spätaussiedler und ihrer Angehörigen (1,03%), der russischen Föderation (0,02%) sowie der Polen (0,017%). Die mit jeweils kleinerem Anteil

vertretenen Zuwanderer kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Ukraine, aus Irak, Vietnam, der Türkei und weiteren Staaten. Insgesamt beziehen knapp 20% der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Arbeitslosengeld II, davon nehmen 60% Maßnahmen zur Eingliederung in eine Erwerbstätigkeit in Anspruch.

Auch wenn der Zuwandereranteil vergleichsweise gering ist, sind für Frau Bergt verstärkte Integrationsbemühungen unabdingbar. Für das Jahr 2025 wird von der Bertelsmann-Stiftung ein Bevölkerungsrückgang um 16,7% prognostiziert, das Statistische Landesamt in Halle geht sogar von einem Rückgang um 21,5% aus. Der demographische Wandel sowie die starke Abwanderung der jungen Bevölkerungsteile führen dazu, dass der Nachwuchs wegbricht. Auch Ausländer verlassen den Landkreis nicht selten, sobald ihr Aufenthaltsstatus gesichert ist. Neuzugewanderte gibt es kaum, dieses Jahr kamen bis einschließlich Mai lediglich fünf Zuwanderer in den Landkreis. In der Folge wird die Infrastruktur ausgedünnt, Schulen und Kindertageseinrichtungen müssen zusammengelegt werden, die Arbeitsplatzsituation verschärft sich und der Landkreis droht erheblich an Attraktivität einzubüßen. Daher ist Zuwanderung und die Integration der bereits Zugewanderten ein wichtiges Ziel im Jerichower Land. Die vom Landesinnenministerium eingerichteten Stellen für Integrationskoordination, von denen Frau Bergt eine inne hat, sollen die Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene verbessern. Die Aufgaben der Integrationskoordination im Jerichower Land umfassen den Aufbau lokaler Netzwerke, die Erfassung, Koordinierung und gegebenenfalls Steuerung der Integrationsangebote vor Ort sowie die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes auf Landkreisebene. Darüber hinaus wirkt Frau Bergt an Integrationsmaßnahmen der Kreiskommunen mit und ist zentrale Ansprechpartnerin für Integrationsfragen.

Wortmeldung aus dem Plenum: Peter Ederer



## » Genthin

**Cordula Bergt** | Leiterin Stabsstelle Integration des Landkreises



Ansprechpartnerinnen aus Genthin

Die Stadt Genthin liegt im Norden des Landkreises Jerichower Land. Auf einer Gemeindefläche von 103 km<sup>2</sup> leben rund 13.700 Menschen bei einer Einwohnerdichte von 134 Einw./km<sup>2</sup>.

Der Elbe-Havel-Kanal spielt eine wesentliche Rolle für den Standort Genthin. So hat der Henkel-Konzern seit 1921 eine Produktionsstätte in Genthin, wo bekannte Wasch- und Reinigungsmittelmarken wie „Persil“ oder „Spee“ hergestellt werden. Ursprünglich Arbeitgeber für über Tausend Menschen, beschäftigt ein Nachfolgeunternehmen heute noch um die 200 Mitarbeiter in Genthin. Die geplante Schließung des Werks konnte bislang verhindert werden, die Mitarbeiter haben mit Fackelzügen und Protesten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gekämpft.

In Genthin sind 252 Einwohner und damit 1,8% der Stadtbevölkerung ausländischer Herkunft. Viele der Zuwanderer konzentrieren sich in einem Neubaugebiet, in dem hauptsächlich Zugewanderte aus den ehemaligen GUS-Staaten leben. Ca. 450, also vergleichsweise viele Spätaussiedler, leben in Genthin, im gesamten Landkreis sind insgesamt rund 640 Spätaussiedler mit ca. 380 Angehörigen ansässig. Zum Leidwesen der Stadt ist der Zuwandererstrom gestoppt. Mit den Spätaussiedlern hat Genthin Frau Bergt zufolge bislang sehr gute Erfahrungen gemacht. Bis 2005 befand sich ein Spätaussiedlerheim in Genthin, das mittlerweile in die Kreisstadt Burg verlegt wurde. Darüber hinaus gab es ein Übergangswohnheim für Aussiedler, für das Genthin im Jahr 1997 die Goldmedaille beim dritten Bundeswettbewerb zur vorbildlichen Integration von Aussiedlern erhielt.

Problematisch für die Stadt ist die rasant voranschrei-

tende Abwanderung in Regionen mit besseren Arbeitsmarktchancen. Ebenso stellen die abnehmenden Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten ein Problem dar auch Spätaussiedler schließen sich der Abwanderung an.

In Genthin findet die Teilnahme der Migranten am gesellschaftlichen Leben – etwa in Form von Vereinszugehörigkeiten – lediglich in der zweiten Generation statt. Die erste Generation lebt überwiegend zurückgezogen, hier gilt es, sich verstärkt um eine zukünftige Einbeziehung dieser Menschen zu bemühen.

Mit „Genthin Power“ startete die Stadt im Oktober 2007 ein gemeinwesenorientiertes Jugendprojekt, das vom Caritasverband für das Dekanat Magdeburg e.V. getragen wird. Es erhält Fördermittel vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Unterstützung findet es durch die Qualifizierungs- und Strukturförderungsgesellschaft mbH Genthin. Das Projekt richtet sich an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und hat zum Ziel, das Einleben und die Integration in die Gesellschaft zu erleichtern. Im Rahmen des Projekts wurde unter anderem ein Begegnungszentrum in dem ethnisch geprägten Wohnquartier der Einsteinstraße organisiert. Weiterhin strebt das Projekt den Aufbau eines Ehrenamts pools, die Bildung von Kinder- und Jugendpatenschaften sowie ein Migrantennetzwerk für Kinder und Jugendliche an. Um Integrationsprozesse zu beschleunigen, werden Verbindungen mit den Familien, mit Schulen, Vereinen und weiteren Institutionen geknüpft. Zum einen sollen Neubürger in die Kultur des Landes eingeführt werden, zum anderen soll der einheimischen Stadtbevölkerung die Zuwanderungsgeschichte näher gebracht werden. Wichtig ist es den Projektverantwortlichen zudem, Freizeitinteressen zu wecken und Zuwanderer für die Teilnahme an Kultur- und Freizeitangeboten zu gewinnen. Frau Bergt hofft, die Initiativen des Projekts auch über dessen Ende im September 2010 weiterführen und zusätzlich Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, der die Stadt in die Schlagzeilen gebracht hat, einführen zu können.

Plenum



## » Vogtlandkreis

**Veronika Glitzner** | Gleichstellungs-, Integrations- und Frauenbeauftragte des Landkreises



Der im Südwesten von Sachsen gelegene Vogtlandkreis erstreckt sich über eine Fläche von 1.300 km<sup>2</sup>. In den insgesamt 47 Gemeinden leben rund 250.000 Einwohner, das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 191 Einw./km<sup>2</sup>. Der Landkreis ist für seinen Musikinstrumentenbau und als Tourismusregion, vor allem im Wintersportbereich, bekannt. In der Region Plauen sind die wichtigsten Wirtschaftszweige die Textil- und Fahrzeugindustrie sowie der Druckmaschinenbau. Die Arbeitslosenquote des Landkreises liegt bei 15,5%. Mit einem Anteil von 1,2 % leben im Vogtlandkreis knapp 3.000 Ausländer aus insgesamt 42 Nationen. Bei ihnen beträgt die Arbeitslosenquote rund 40%. Der Landkreis verfügt über zwei Übergangswohnheime für Asylbewerber, die zur Zeit von 333 Asylbewerbern bewohnt werden, und ein Übergangswohnheim für Aussiedler, das 28 Bewohner aufweist.

Zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes hat der Landkreis zertifizierte Vorlesepatinnen mit der Sprachförderung zugewanderter Kinder in Kindergärten, Grundschulen sowie in den Übergangswohnheimen beauftragt. In den Kindertageseinrichtungen des Landkreises werden damit 205 Migrantenkinder, in den Übergangswohnheimen 30 Migrantenkinder erreicht.

Im Mai dieses Jahres wurde die Vorlesepatin des im Jahr 2005 gegründeten „Lokalen Bündnisses für Familie“ mit dem Sächsischen Integrationspreis ausge-

zeichnet. Eine weitere, ebenfalls im Mai vergebene Auszeichnung erhielt der Landkreis für sein Engagement für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit im Rahmen der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“.

Der Vogtlandkreis betreibt eine aktive Integrationsarbeit. Ein Arbeitsschwerpunkt der Integrationsbeauftragten, Frau Glitzner, besteht in den kontinuierlichen Arbeitsberatungen und Kontakten mit der Ausländerbehörde und der ARGE zu Fragen der Integrationsmaßnahmen sowie zu Einzelfallentscheidungen. Zudem gibt es einen Arbeitskreis, in dem sich Frau Glitzner regelmäßig mit der Ausländerbehörde und den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege austauscht. Hierzu gehören unter anderem der Caritasverband Vogtland e.V., das Diakonische Werk im Kirchenbezirk Auerbach e.V., AWO Reichenbach, der Obervogtländische Verein für Innere Mission Marienstift e.V. (OVV) in Oelsnitz, die Diakonie Plauen sowie ein jüngst gegründeter Integrationsverein für Zuwanderer. Im Rahmen dieses Arbeitskreises wird derzeit die „Interkulturelle Woche“ im September 2009 vorbereitet.

Interkulturelle Begegnungen sind ein wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit im Vogtlandkreis: Mit Kabarettprogrammen, dem Völkerfest International der Stadt Oelsnitz oder Buchlesungen im Rahmen des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen bemüht sich der Landkreis um ein Zusammenkommen der Kulturen. Auch familienunterstützende Maßnahmen des Vogtlandkreises fördern die Begegnung von Zugewanderten und Einheimischen in Mehrgenerationenhäusern sowie bei Familientreffs.

Zudem beziehen die seit 2007 im Landkreis stattfindenden Wettbewerbe „Familienfreundliche Kommune“ und „Familienfreundliches Unternehmen“ Migrationsarbeit jeweils mit ein. Bei den jährlichen Berufszukunftstagen findet eine gute Zusammenarbeit mit den Schulen statt, so dass auch junge Migranten erreicht werden können.

v.l.: Silvia Liersch | Veronika Glitzner



## » Plauen

**Silvia Liersch** | Ausländerbeauftragte der Stadt Plauen



Plauen, zuvor kreisfrei, ist seit August 2008 Große Kreisstadt des Vogtlandkreises. Die Stadt hat 67.000 Einwohner und eine Gemeindefläche von 102 km<sup>2</sup>. Das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 662 Einw./km<sup>2</sup>. Plauen ist Oberzentrum im Südwesten von Sachsen und politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Landkreises. Zur Jahrhundertwende wurde Plauen Großstadt und erreichte 1912 mit über 128.000 Einwohnern seine höchste Einwohnerzahl. Plauen zählte zu einer der wohlhabendsten Wirtschaftszentren in Deutschland. Neben der Spitzen- und Gardinenindustrie entwickelte sich eine leistungsfähige Maschinenbautradition sowie der Nutzfahrzeugbau VOMAG.

Heute prägen komplexe mittelständische Firmenstrukturen des Maschinen-, Stahl- und Metallbaus, der Elektrotechnik, des Fahrzeugbaus und der Fahrzeugausrüstungen, Druckerzeugnisse, Nahrungs- und Genussmittel sowie auch der Textilindustrie die Branchenvielfalt der Stadt.

Wichtige Unternehmen sind das Omnibusunternehmen NEOPLAN Omnibus GmbH, die Sachsendruck Plauen GmbH sowie der Druckmaschinenbauer manroland AG.

Zu DDR-Zeiten lebte die Stadt fast ausschließlich vom Export, in der textilen Großproduktion arbeiteten Zuwanderer aus Vietnam, Algerien, Mosambik und Kuba. 1989 wohnten 1.500 Vietnamesen in der

Stadt, nach der Wende folgte der Großteil von ihnen der Ausreiseaufforderung und verließ das Land. Heute leben noch 150 Menschen vietnamesischer Herkunft in Plauen, sie stellen die größte Gruppe der 1.119 Ausländern (1,9%) aus insgesamt 89 Staaten der Stadt.

Anfang der 1990er Jahre kamen mit ca. 3.200 überproportional viele Aussiedler nach Plauen. Die Stadt verfügte über drei entsprechende Heime. Mittlerweile sind nur noch 500 Spätaussiedler in Plauen ansässig, die meisten verließen die Region, um in den wirtschaftsstärkeren Teilen der Republik einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Aus dem gleichen Grund verlassen Frau Liersch zufolge auch Asylbewerber, von denen zur Zeit ca. 120 in Plauen leben, mit dem Tag ihrer Anerkennung als Asylberechtigte die Stadt. Da ein Bleiberecht und der damit verbundene Aufenthaltstitel nur mit dem Nachweis einer Erwerbstätigkeit erteilt werden kann, gestattet die Ausländerbehörde in speziellen Fällen die Arbeitssuche auch außerhalb Sachsens.

Plauen ist eine ausgewählte Stadt im „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“, wodurch finanzielle Mittel für Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zur Verfügung stehen.

Die Stadt leistet sich schon seit vielen Jahren eine Ausländerbeauftragte, die in Vollzeit beschäftigt ist. Frau Liersch, die Stelleninhaberin, kümmert sich gemeinsam mit einigen Mitarbeitern um die Integrationsarbeit. Sprachkurse werden angeboten. Ein kommunales Integrationskonzept liegt nicht vor. Dennoch kann in der Regel jedem Zuwanderer geholfen werden, da der größte Teil der Migranten persönlich bekannt ist. Wenn es um Schul- oder Ausbildungsfragen geht oder Behördengänge wie beispielsweise zur Agentur für Arbeit anstehen, werden die Zuwanderer bei Bedarf von Frau Liersch und ihren Mitarbeitern unterstützt und persönlich in die entsprechende Behörde begleitet.

Die zweite Generation hat kaum Integrationsschwierigkeiten. Alle Migrantenkinder, auch die der Asylbewerber, besuchen von Anfang an eine Kindertageseinrichtung bzw. eine Schule. Viele der vietnamesischen Kinder und Jugendlichen gehen auf ein Gymnasium und sind nicht selten Klassenbeste. Auch die kleine Gruppe der Türken, die andernorts oft vor großen Schwierigkeiten steht, hat in Plauen bei ihrer Schullaufbahn keine nennenswerten Probleme. Da sie aufgrund ihres geringen Bevölkerungsanteils in den Kindertageseinrichtungen und in den Schulen nahezu ausschließlich mit deutschen Kindern zusammentreffen, fällt ihnen die Integration entsprechend leicht.

Ein Problem der Integrationsarbeit bestand zeitweise darin, dass es für die vergleichsweise kleine Gruppe

der Zuwanderer insgesamt zehn Sprachkursanbieter gab. Da aus Wettbewerbsgründen hier vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ursprünglich keine Koordinierung vorgesehen war, verteilten sich die Anmeldungen auf die verschiedenen Anbieter, so dass in der Folge kein Sprachkurs zustande kommen konnte. Auf eine Initiative von Frau Liersch hin, werden nun seit 2005 Anbieter und Teilnehmer entsprechend koordiniert, so dass die Sprachkurse genutzt werden können.

## 5.3 | Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte in Ballungsregionen



### » Landkreis Offenbach

**Selver Erol** | Leiterin des Integrationsbüros des Landkreises



Der Kreis Offenbach liegt in der Ballungsregion Rhein-Main im Süden von Hessen. Auf einer Fläche von 356 km<sup>2</sup> leben bei einer Bevölkerungsdichte von 945 Einw./km<sup>2</sup> rund 336.600 Menschen. Die Kreisstadt ist Dietzenbach.

Im Landkreis leben 53.700 Ausländer aus insgesamt 162 Staaten, das entspricht einem Anteil von gut 16%. Der Anteil der Migranten ist um einiges höher. Die größte Ausländergruppe ist die der Türken (ca. 25%), gefolgt von den Menschen aus Italien (12%) und aus Serbien und Montenegro (6,7%). In einigen Kreiskommunen ist der Anteil der Migrantenkinder sehr hoch, in Dietzenbach beispielsweise beträgt er für die unter 6-Jährigen 72%. Jährlich werden im Kreis 800 bis 900 Menschen eingebürgert.

Im Jahr 2002 hat der Kreis Offenbach ein Integrationsbüro eingerichtet, dessen zuständige Dezernentin Erste Kreisabgeordnete Claudia Jäger ist. Das Integrationsbüro hat ein Anhörungsrecht in allen Gremien und Ausschüssen des Kreistages. Ausgestattet mit 2,5 Planstellen besteht je nach Projektanforderung die Möglichkeit einer Erweiterung bis zum Umfang einer halben Projektstelle. Das Büro verfügt über

einen aus Kreismitteln gestellten Etat im Umfang von 109.000 Euro. Viele Projekte werden zudem mit Drittmitteln finanziert; das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Land Hessen sowie einige Stiftungen, mit denen eine Zusammenarbeit besteht, leisten finanzielle Unterstützung. Dem Kreis gehören dreizehn Kommunen an, von denen vier – Dreieich, Neu-Isenburg, Langen und Mühlheim – über ein eigenes Integrationsbüro verfügen. In den Städten Dietzenbach, Rödermark und Rodgau ist die Einrichtung eines Integrationsbüros in Vorbereitung.

Die integrationsbezogenen Problemlagen im Kreis Offenbach betreffen die auch andernorts oft zu findende Bildungsbenachteiligung der Migranten gegenüber der einheimischen Bevölkerung und deren vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit. Im Zuge des Strukturwandels sind die traditionellen Industriezweige des Kreises – die Leder- und Schwerindustrie sowie der Maschinenbau – zugunsten des Dienstleistungssektors stark zurückgegangen. Da Migranten überwiegend in diesen industriellen Bereichen beschäftigt waren, sind sie heute besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Vor allem diejenigen unter ihnen, die relativ nahe am Rentenalter sind, haben geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Frau Erol spricht in diesem Zusammenhang von einem allgemeinen integrationspolitischen Versäumnis schon in der Phase des wirtschaftlichen Strukturwandels, da kaum Maßnahmen zur Unterstützung für diese Gruppe angeboten wurden. Die Integrationsarbeit des Kreises möchte sich nunmehr verstärkt um die ältere Migrantengeneration bemühen und deren spezifische Bedürfnisse gesondert berücksichtigen.

Eine weitere Integrationsproblematik bezieht sich auf die segregierte Wohnsituation der Zugewanderten. Oftmals konzentrieren sich die Migranten in benachteiligten Gebieten mit Sozialwohnungen, wo sie in Nachbarschaft mit sozial schwachen Deutschen leben. Zudem gibt es insgesamt relativ wenige Schnittpunkte, bei denen die einheimische und die zugewanderte Bevölkerung gemeinsam am gesellschaftlichen Leben in den Kommunen teilhaben. Aus diesem Grund initiieren verschiedene Verbände, Vereine sowie das Integrationsbüro mittlerweile zahlreiche Projekte im Landkreis. Als Beispiel nennt Frau Erol das Projekt „Verein aktiv für Integration“. Hierbei handelt es sich um eine vom Integrationsbüro ins Leben gerufene Vereinspartnerschaft zwischen deutschen und Vereinen anderer Nationalität, die gemeinsam Aktivitäten durchführen. Zudem beschäftigen sich viele Netzwerke und Arbeitsgruppen vor Ort mit Integrationsfragen. Das Integrationsbüro ist als Querschnittsstelle in all diesen Initiativen präsent, um entsprechende Anstöße für eine vernetzte Integrationsarbeit zu geben. Die aktuellen Schwerpunkte beziehen sich auf die Weiterentwicklung und Verfestigung der Netzwerke, auf die Überarbeitung von fachbereichsbezogenen Integrationszielen in der Kreisverwaltung, die Weiterentwicklung der interkul-

turellen Kompetenz (z.B. mittels fachbereichsbezogener Fortbildungen) sowie auf eine stärkere Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in ehrenamtlichen Bereichen.



## » Neu-Isenburg

**Walter Norrenbrock** | Stadtrat und Dezernent für Integration der Stadt Neu-Isenburg



**Paola Fabbri Lipsch** | Leiterin des Integrationsbüros der Stadt Neu-Isenburg



Neu-Isenburg befindet sich im Nordwesten des Landkreises Offenbach und liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Frankfurt a.M. Auf einer Gesamtge-

meinfläche von 24 km<sup>2</sup> leben 35.400 Menschen bei einer Bevölkerungsdichte von 1.460 Einw./km<sup>2</sup>. Die Entstehung der Stadt, die Ende des 17. Jahrhunderts von zugewanderten Hugenotten gegründet wurde, war von Anfang an mit den Chancen und Herausforderungen der Einwanderung verbunden. Heute hat Neu-Isenburg neben der Kernstadt zwei Stadtteile: zum einen das 1960 als reine Wohnstadt entstandene Gravenbruch, zum anderen das in den 1930er Jahren gegründete Zeppelinheim, das ursprünglich als Wohnort für Beschäftigte der Deutschen Zeppelinreederei diente und seit 1977 zu Neu-Isenburg gehört.

Die Lage in der wirtschaftsstarken Rhein-Main-Region, die Nähe zu Frankfurt a.M. und dessen Flughafen sowie die guten Verkehrsanbindungen – unter anderem gibt es drei unmittelbar erreichbare Autobahnen – haben die Zuwanderung aus dem In- und Ausland begünstigt. Bereits Ende der 1950er Jahre kamen viele Gastarbeiter in den Landkreis, die sich vor allem in Neu-Isenburg und der Kreisstadt Dietzenbach ansiedelten. Mittlerweile ist Neu-Isenburg ein Hightech-Standort und Sitz vieler namhafter Unternehmen wie zum Beispiel Lufthansa, Sony Entertainment, Pepsi Cola oder General Electrics. Zudem weist die Stadt eine sehr vielfältige Hotel- und Gastronomiebranche auf.

In Neu-Isenburg, einer äußerst wirtschaftsstarken Kommune, liegt das Pro-Kopf-Einkommen wesentlich über dem Durchschnitt des Rhein-Main-Gebietes. Dennoch ist Neu-Isenburg auf Kreisebene die Stadt mit den meisten Hartz IV-Empfängern. Dies ist dadurch bedingt, dass die Stadt mit den in den Nachkriegsjahren erbauten 1.800 Sozialwohnungen über ein Wohnungsmarktpotenzial für sozial Schwache verfügt, das auch Auswärtige anzieht. Herr Norrenbrock verweist auf Fälle, in denen Einkommensarme, die in der Umgebung (z.B. in Frankfurt) nicht mit Sozialwohnungen versorgt werden können, in Neu-Isenburg eine kleine reguläre Wohnung anmieten und sie sich mitunter zu sechst als Wohngemeinschaft teilen. Nach einem Jahr mit festem Wohnsitz in Neu-Isenburg erhalten sie dann gemäß der gesetzlichen Regelung jeweils den Anspruch auf eine Neu-Isenburger Sozialwohnung.

Mit 7.500 ansässigen Ausländern hat die Stadt einen Ausländeranteil von 20%. Die größten Ausländergruppen kommen aus den ehemaligen Anwerbestaaten Türkei und Italien. Darüber hinaus gibt es noch vergleichsweise große Zuwanderergruppen aus Kroatien und Serbien. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren sind zudem viele Rumänen und Polen nach Neu-Isenburg eingewandert. Den Anteil der Spätaussiedler, der wie in den meisten Kommunen nicht bekannt ist, möchte die Stadt in der nächsten Zeit ermitteln. Den Anteil der Migrantenkinder in den Kindertageseinrichtungen schätzt Frau Fabbri Lipsch auf teilweise bis zu 95%.

Die Migranten in der Stadt sind gut organisiert: Fünfzehn ausländische Vereine sind in der Stadt unterschiedlich stark aktiv. Allerdings vertreten sie zumeist die ältere Generation. Die Jugendlichen hingegen schließen sich oftmals den Sportvereinen an, in denen Kontakte zur einheimischen Bevölkerung geknüpft werden können.

Neu-Isenburg hat bereits 1973 eine Ausländerkommission gegründet, die Anfang der neunziger Jahre vom Ausländerbeirat abgelöst wurde. Im Jahr 2001 hat die Stadt das Dezernat für Integration und eine entsprechende Stabsstelle eingerichtet, die Frau Fabbri Lipsch seit Kurzem inne hat. Sie ist Anlaufstelle für Migranten, die Beratung suchen, Ansprechpartnerin für die Fachbereiche der Verwaltung sowie für Vereine, Kirchen, Schulen und weitere Einrichtungen. Zu ihren Aufgaben gehören zudem der Austausch mit den Integrationsstellen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene (die Kooperation mit dem Integrationsbüro des Landkreises Offenbach funktioniert Frau Fabbri Lipsch zufolge sehr gut) sowie die Initiierung und Verbesserung von Integrationsmaßnahmen. Die Integrationsbemühungen der Stadt zeigen sich auch in der Vielzahl zustandegemessener Projekte. Als Beispiel nennt Frau Fabbri Lipsch das Projekt „Mobile Jugendhilfe“, das wesentlich zur Senkung der Kriminalitätsrate beigetragen hat. Eine Gruppe junger Migranten, die mehrfach kriminell aktiv geworden war, konnte durch Streetworker – darunter ein Türke und ein Spätaussiedler – erreicht und erfolgreich in Sportmaßnahmen integriert werden. Weiterhin wurde im Rahmen eines Projektes ein „Vermittlerpool“ von geschulten Migranten eingerichtet, die unter anderem in Schulen und Kindertageseinrichtungen bei Sprach- und Kommunikationsproblemen zwischen Eltern und Erziehern vermitteln.



## » Landkreis München

**Ali E. Danabas** | Integrationsbeauftragter des Landkreises München

Der Landkreis München befindet sich inmitten der beinahe sechs Millionen Menschen umfassenden Metropolregion München. In dem bevölkerungsstärksten Kreis Bayerns leben auf einer Fläche von 660 km<sup>2</sup> 320.000 Einwohner bei einer Bevölkerungsdichte von 474 Einw./km<sup>2</sup>.

Der Landkreis München, bundesweit Wirtschaftsstandort Nummer Eins, steht mit einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 75.000 Euro an der Spitze aller deutschen Landkreise. Die Stärken liegen in einem



Ali E. Danabas

ausgewogenen Branchen- und Größenmix mit einem starken Mittelstand. Medien, Automobilzulieferer, Biotechnologie, Chemie, Luft- und Raumfahrt sowie Versicherungen sind mit international agierenden Unternehmen die wirtschaftlichen Schwerpunkte. Zudem ist der Landkreis München mit der Stadt Garching und den Gemeinden Martinsried und Neubiberg sowohl Universitäts- als auch ausgewiesener Forschungsstandort.

Bis 2020 wird dem Landkreis ein Bevölkerungswachstum um bis zu 10% prognostiziert. Seine Entwicklungsperspektiven werden entsprechend positiv eingeschätzt. Dennoch sind in dem überdurchschnittlich wohlhabenden Landkreis immer mehr Menschen von Armut betroffen, so dass Herr Danabas hier von einer sozialen Spaltung spricht. Vor dem Hintergrund eines überproportional großen Anteils an Zuwanderern, die in Armut leben oder von ihr bedroht sind, stellt die soziale Polarisierung eine der größten Herausforderungen für die Integrationsarbeit des Kreises dar. Derzeit wird ein Armutsbericht für den Landkreis erstellt, zudem wird an einem Integrationskonzept gearbeitet. Für alle integrationsrelevanten Handlungsfelder wie etwa Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnraum und Gesundheit sucht der Landkreis München nach Mechanismen, um allen Bürger einen gleichberechtigten Zugang zu diesen gesellschaftlichen Kernbereichen zu ermöglichen. Eine wichtige integrationspolitische Aufgabe sieht Herr Danabas darin, nicht nur die zugewanderte, sondern auch die einheimische Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Mit diesem langfristig angelegten Ziel kann fremdenfeindlichen und rassistischen Tendenzen vorgebeugt werden. Bei insgesamt 40.000 ausländischen Bürgern beträgt der Ausländeranteil im Landkreis 12,6%. Die meisten Ausländer (2,6%) stammen aus Österreich, gefolgt von der Türkei, Italien und Kroatien.

Mit der im März 2008 eingerichteten Stelle des Integrationsbeauftragten befindet sich der Landkreis München am Anfang seiner Integrationsarbeit. In allen Landkreisgemeinden sind aber bereits vielfäl-

tige Bemühungen zur Integration vorhanden, sowohl von den Gemeinden selbst wie auch von Organisationen, Initiativen und Vereinen. Aufgrund der „Ausstrahlkraft“ der Stadt München gab es bislang kaum Migrantenselbstorganisationen im Landkreis. Nennenswert ist hier die Muslimgemeinde mit einer nicht repräsentativen Moschee unter dem Dachverband DITIB in der Stadt Unterschleißheim. Zudem existieren türkische Fußballclubs in Garching und Ismaning und verschiedene deutsch-türkische Freundschaftsvereine. Mit der Unterstützung des Integrationsbeauftragten Herrn Danabas formieren sich Gruppierungen erst seit Kurzem. Sie sollen mit ihren Ansprechpartnern Teil eines umfassenden regionalen sowie überregionalen Netzwerks für eine gemeinsame und koordinierte Handlung sein. Um Herausforderungen direkt formulieren und Maßnahmen schnell und unbürokratisch einleiten zu können, befürwortet Herr Danabas in diesem Zusammenhang eine selbständige Organisationsstruktur.



## » Garching

**Ingrid Stanglmeier** | Sprecherin des Integrationsbeirats Garching



Die Stadt Garching liegt im Norden des Landkreises München und grenzt unmittelbar an die Landeshauptstadt München. Auf einer Gesamtgemeindefläche von 28 km<sup>2</sup> leben rund 15.000 Menschen bei einer Bevölkerungsdichte von 553 Einw./km<sup>2</sup>.

Die Stadt hat sich durch den Bau des bundesweit ersten Forschungsreaktors nach dem Zweiten Weltkrieg von einem Dorf mit nur wenigen hundert Einwohnern hin zu einem Forschungs- und Hochschulstandort entwickelt. Es befinden sich Fakultäten der

Technische Universität München sowie international renommierte Forschungseinrichtungen, wie die Max-Planck-Institute, das European Southern Observatory (ESO), das Leibniz-Rechenzentrum, das Institut für Sicherheitstechnologie (ISTec), das Walther-Meißner-Institut und das Europäische Forschungszentrum „Global Research“ von General Electric in der Stadt. Die Ansiedlung dieser Einrichtungen erklärt den hohen Beschäftigtenanteil in unternehmensorientierten Dienstleistungsberufen sowie den großen Anteil Hochqualifizierter, die beide deutlich über dem Landeschnitt liegen.

In Garching leben mehr als 3.300 Ausländer, was einem Anteil an der Stadtbevölkerung von ca. 21,4% entspricht. Die mit Abstand größte Gruppe ist die der Türken, sie macht über ein Fünftel der ausländischen Bevölkerung aus. Desweiteren leben Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Österreich, Italien und Kroatien sowie mit jeweils deutlich kleinerem Anteil aus weiteren Staaten in Garching. Als Forschungsstandort zieht die Stadt dabei nicht nur hochqualifizierte Beschäftigte aus dem Ausland an, sondern auch die aus der Gastarbeiterära stammenden Zuwanderer und ihre Nachfahren, die überwiegend gering qualifiziert sind. In der Stadt leben zudem vergleichsweise viele Asylanten aus den verschiedensten Ländern. Darüber hinaus kommen viele aus den ostdeutschen Bundesländern Abgewanderte nach Garching.

Die Höhe der Mieten in Garching ist mit denen in der Landeshauptstadt München nahezu vergleichbar. Der Ausländeranteil im Ortsteil Hochbrück ist mit fast 30% überproportional hoch. Die Stadt Garching versucht, auf dem Gebiet der Belegung von Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Garching hat seit vier Jahren einen ehrenamtlichen Integrationsbeirat, der aus zwei Deutschen, drei Ausländern und einer Ansprechpartnerin bei der Stadt, Frau Stanglmeier, besteht. Zwischen Gleichstellungsarbeit, die Frau Stanglmeier ebenfalls übernimmt, und Integrationsaufgaben ergeben sich einige Schnittpunkte, da sie in diesem Zusammenhang viel mit Migrantinnen zu tun hat.

Der Versuch, mehr Menschen mit türkischer Herkunft in die Freiwillige Feuerwehr zu integrieren, war Frau Stanglmeier zufolge aufgrund eines geringen Interesses an ehrenamtlichen Tätigkeiten bislang ohne Erfolg. Insgesamt bewertet Frau Stanglmeier die Integrationsbemühungen in der Stadt als positiv, stellt jedoch gleichzeitig deutlichen Intensivierungsbedarf fest.

## 5.4 | Erwartungen der ausgewählten Landkreise an das Forschungs-Praxis-Projekt

Den an dem Forschungs-Praxis-Projekt teilnehmenden Städten und Landkreisen ist der Wunsch gemeinsam, in einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch die eigene Integrationsarbeit zu qualifizieren und anhand der wissenschaftlichen Erhebungen vor Ort eine fundierte Ausgangslage für konkrete Handlungsansätze und Integrationsmaßnahmen zu erhalten.

Ein generelles Anliegen besteht darin, vor dem Hintergrund des demographischen Wandels den Stellenwert der Integration zu erhöhen und Zuwanderung als Potenzial für die Zukunft der ländlichen Regionen zu betrachten. Vor allen in den von Abwanderung betroffenen ostdeutschen Gebieten sollen dauerhafte Strukturen für zukünftige Zuwanderung geschaffen werden. Darüber hinaus erhoffen sich die

ostdeutschen Kommunen und Landkreise Impulse gegen fremdenfeindliche und rechtsextremistische Strömungen.

Grundsätzlich streben alle Projektteilnehmer an, im Rahmen des Forschungsvorhabens ihre je spezifische Situation hinsichtlich der kommunalen Integration verbessern zu können. Das betrifft beispielsweise die für den ländlichen Raum typische Problematik der vergleichsweise großen Entfernungen, die für die Koordinierung und Erreichbarkeit von Integrationsangeboten zu überwinden sind. Weiterhin wünschen sich die Kommunen ein gut funktionierendes Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten. Wichtig ist es den Städten und Landkreisen, erfolgreiche Integrationsprojekte nachhaltig etablieren und deren Fördermöglichkeiten besser erkennen und nutzen zu können. Erstrebenswert erscheint zudem, die Zusammenarbeit mit den Fachstellen anderer Kommunen zu stärken und mehr koordinierte Aktivitäten auf die jeweils anderen Kreiskommunen übertragen zu können.

Plenum



## 6 | Anhang

### Programm

#### Auftaktworkshop „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“

28./29. Mai 2009  
Nürnberg

#### » Programm 28. Mai

Tagesmoderation: Hans-Jürgen Fink,  
Deutschlandradio Kultur

#### 16.00 Uhr | Begrüßung

Regina Jordan, Abteilungspräsidentin Integration,  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand,  
Schader-Stiftung

#### 16.15 Uhr | Einleitende Vorträge

#### Zuwanderer im ländlichen Raum – Annäherungen an das Themenfeld

Prof. Dr. Roland Roth,  
Hochschule Magdeburg-Stendal

#### Migration und Integration in Ostdeutschland

Prof. Dr. Karin Weiss,  
Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

#### 17.15 Uhr | Moderiertes Gespräch

#### Integration in peripheren Klein- und Mittelstädten – Herausforderungen, Potenziale, Perspektiven

Teilnehmer/innen:  
Regina Jordan, BAMF; Ulrich Mohn, Deutscher  
Städte- und Gemeindebund; Dr. Klaus Ritgen,  
Deutscher Landkreistag; Prof. Dr. Roland Roth,  
Hochschule Magdeburg-Stendal; Sabine Süß,  
Schader-Stiftung; Prof. Dr. Karin Weiss,  
Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

Moderation:  
Hans-Jürgen Fink, Deutschlandradio Kultur

#### 18.30 Uhr | Ausblick auf den zweiten Tag

Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung

#### 19.30 Uhr | Gemeinsames Abendessen



#### » Programm 29. Mai

Tagesmoderation: Hans-Jürgen Fink,  
Deutschlandradio Kultur

#### 09.00 Uhr | Vorstellung des Projektes: Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen

Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung

#### 09.30 Uhr | Vorstellung der Begleitforschung: Forschungsdesign/Methoden/Zeitplan

Ralf Zimmer-Hegmann, ILS – Institut für Landes- und  
Stadtentwicklungsforschung, Dortmund  
Dr. Heike Liebmann, Leibniz-Institut für  
Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner

#### 10.00 Uhr | Rückfragen zum Ablauf und der Organisation des Projektes

#### 10.45 Uhr | Kaffeepause

#### 11.15 Uhr | Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte in Westdeutschland

Landkreis Emsland mit den Städten Haren und  
Freren | Hochsauerlandkreis mit den Städten  
Meschede und Bestwig | Landkreis Coburg mit den  
Städten Neustadt und Ebersdorf | Landkreis Ravens-  
burg mit den Städten Ravensburg und Leutkirch

#### 12.30 Uhr | Mittagsimbiss

#### 13.15 Uhr | Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte in Ostdeutschland

Landkreis Jerichower Land mit der Stadt Genthin  
Vogtlandkreis mit der Stadt Reichenbach

#### 13.45 Uhr | Vorstellung der ausgewählten Landkreise und Städte in Ballungsregionen

Landkreis Offenbach mit der Stadt Neu-Isenburg  
Landkreis München mit der Stadt Garching

#### 14.30 Uhr | Netzwerk der Städte und Landkreise – Wie geht es weiter?

Vorstellung, Rückfragen, Diskussion

#### ca. 15.00 Uhr | Ende der Veranstaltung

## Liste der TEILNEHMER

„Integrationspotenziale in  
kleinen Städten und Landkreisen“



am 28./29.05.2009, Nürnberg

Name	Vorname	Institution	Sitz
<b>Amend</b>	Gabriele	Stadt Neustadt bei Coburg	Neustadt
<b>Baestlein</b>	Angelika	Referatsleiterin BMVBS	Berlin
<b>Berger</b>	Martina	Stabsstelle für Soziales, Bildung und Kultur, Landkreis Coburg	Coburg
<b>Bergt</b>	Cordula	Stabsstelle Integrationskoordination	Burg, Jerichower Land
<b>Boos-Krüger, Dr.</b>	Annegret	Hessen Agentur GmbH	Köln
<b>Bradl</b>	Marion	AGABYX	Nürnberg
<b>Breuer</b>	Bettina	Schader-Stiftung	Darmstadt
<b>Bröker</b>	Detlef	BAMF	Nürnberg
<b>Bürk</b>	Thomas	Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)	Erkner
<b>Danabas</b>	Ali E.	Landratsamt München, Integrationsbeauftragter	München
<b>Dörges-Al-Kassab</b>	Cordula	SMINT Schmalkalden-Meiningen-Integration	Meiningen
<b>Ederer</b>	Peter	Amt für Soziales und Familie, Integrationsbeauftragter Stadt Ravensburg	Ravensburg
<b>Ehrhardt</b>	Christine	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
<b>Elsner</b>	Carola	Amtsleiterin Kultusamt Stadt Genthin	Genthin
<b>Erol</b>	Selver	Leiterin des Integrationsbüros des Landkreises Offenbach	Dietzenbach
<b>Esswein-Koppen</b>	Ragnhild	Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises München	München
<b>Fabbri-Lipsch</b>	Paola	Leiterin des Integrationsbüros	Neu-Isenburg
<b>Faber</b>	Danica	Jugendamt Gemeinde Ebersdorf bei Coburg	Ebersdorf
<b>Fath</b>	Bethel	Fotografin	München
<b>Fink</b>	Hans-Jürgen	Deutschlandradio Kultur	Berlin
<b>Fink</b>	Christine		Berlin
<b>Fischer</b>	Susen	Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)	Erkner
<b>Förster</b>	Ines	Stadt Neustadt bei Coburg	Neustadt
<b>Freitag</b>	Angelika	Österreichischer Integrationsfonds	Bruck / Mur
<b>Freytag-Leyer</b>	Barbara	Hochschule Fulda Fachbereich Oecotrophologie	Fulda
<b>Funke</b>	Georg	Integrationsbeauftragter Gemeinde Bestwig	Bestwig
<b>Gerbet</b>	Hannelore	Genthin Power	Genthin
<b>Glitzner</b>	Veronika	Landratsamt Vogtlandkreis, Gleichstellungs-/ Integrations- und Frauenbeauftragte	Plauen
<b>Griesbeck, Dr.</b>	Michael	BAMF	Nürnberg
<b>Groß</b>	Torsten	Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE)	Nürnberg
<b>Hanhörster</b>	Heike	ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH	Dortmund
<b>Harzmeier</b>	Anke	Stadt Sulingen	Sulingen

Name	Vorname	Institution	Sitz
<b>Hengst</b>	Martina	Schader-Stiftung	Darmstadt
<b>Heubeck</b>	Rainer	Zeitschrift Demo	Ansbach
<b>Hohmann</b>	Ulrike	Kreisverwaltung - Integrationsbeauftragte	Meschede
<b>Ionescu-Cojocaru</b>	Irina	Stadt Garching	Garching
<b>Jordan</b>	Regina	Abteilungspräsidentin BAMF	Nürnberg
<b>Jung</b>	Volker	EU-Fonds - zuständige Behörde, BAMF, Regionalstelle Gießen	Gießen
<b>Kirchhoff</b>	Gudrun	Schader-Stiftung	Darmstadt
<b>Klemann</b>	Ulrike	Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e.V.	Warendorf
<b>Kobras</b>	Martina	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Geographie	Münster
<b>Koch</b>	Thomas	Leiter Integrationsbüro Landkreis Darmstadt-Dieburg	Dieburg
<b>Kücük</b>	Kenan	Multikulturelles Forum e.V.	Lünen
<b>Kuss</b>	Michael	ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH	Dortmund
<b>Lehnguth, MinDir a.D. Dr.</b>	Gerold	Bundesministerium des Inneren	Berlin
<b>Liebmann, Dr.</b>	Heike	Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)	Erkner
<b>Liersch</b>	Silvia	Stadt Plauen, Ausländerbeauftragte	Plauen
<b>Lonnemann</b>	Gregor	Allgemeiner Vertreter des Samtgemeindebürgermeisters Freren	Freren
<b>Madorskaya</b>	Veranika	Projekt „gemeinsam engagiert“	Nürnberg
<b>Makowski</b>	Petra	Schader-Stiftung	Darmstadt
<b>Meindl</b>	Meral	VIA Bayern - Verband für interkulturelle Arbeit e.V.	München
<b>Mohn</b>	Ulrich	Deutscher Städte- und Gemeindebund	Berlin
<b>Mohn-Zucker</b>	Petra		
<b>Müller</b>	Victoria	Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE)	Nürnberg
<b>Nader</b>	Hashem	Diakoniewerk Graz	Graz
<b>Noll</b>	Eva	FH Mainz	Mainz
<b>Norrenbrock</b>	Walter	Dezernent	Neu-Isenburg
<b>Otten</b>	Ulrike	Leitstelle für Integration, Landkreis Emsland	Meppen
<b>Paddenberg</b>	Brigitte	Ausländerbeauftragte Kreis Bergstraße	Heppenheim
<b>Pohlmann</b>	Dieter	Stadt Haren, Bildung, Kultur, Soziales	Haren
<b>Quae</b>	Hermann	Leiter des Ordnungsamts der Samtgemeinde Freren	Freren
<b>Raschke</b>	Kerstin	Verein für Jugendhilfe im Landkreis Böblingen e.V.	Renningen
<b>Reich</b>	Marion	Stadtverwaltung Leutkirch, FB Jugend und Soziales	Leutkirch
<b>Reichart, Prof. Dr. Dr.</b>	Thomas	Hochschule Zittau/Görlitz	Zittau
<b>Rietz</b>	Felix		
<b>Ritgen, Dr.</b>	Klaus	Deutscher Landkreistag	Berlin
<b>Roth, Prof. Dr.</b>	Roland	Hochschule Magdeburg-Stendal	Magdeburg-Stendal
<b>Runge</b>	Christina	Landkreis Diepholz	Diepholz
<b>Ruster</b>	Jakob	Geschäftsführer VIA Bayern - Verband für interkulturelle Arbeit e.V.	München
<b>Sandiraz</b>	Isa	Integrationsbeauftragter Landkreis Göttingen	Göttingen

Name	Vorname	Institution	Sitz
<b>Schönwälder, Dr. phil. habil.</b>	Karen	Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser u. multiethnischer Gesellschaften	Göttingen
<b>Spiegel, Prof. em. Dr.</b>	Erika	Professorin (Stadtsoziologin)	Heidelberg
<b>Stanglmeier</b>	Ingrid	Stadt Garching (Glestellungsbeauftragte)	Garching
<b>Starkulla</b>	Ulrike	Stadt Meschede	Meschede
<b>Sturm</b>	Doris	BAMF	Nürnberg
<b>Süß</b>	Sabine	Schader-Stiftung, Geschäftsführender Vorstand	Darmstadt
<b>Sufryd</b>	Philipe	Forum Ziviler Friedensdienst e.V.	Bonn
<b>Tietze</b>	Sarah	IOM Germany	Nürnberg
<b>Tretter</b>	Hermann	Agentur für Arbeit Coburg	Coburg
<b>Uebelhör</b>	Franz	Landratsamt Ravensburg	Ravensburg
<b>Weiss, Prof. Dr.</b>	Karin	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	Potsdam
<b>Weck, Dr.</b>	Sabine	ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH	Dortmund
<b>Winter</b>	Diana	BAMF	Nürnberg
<b>Worbs</b>	Susanne	BAMF	Nürnberg
<b>Yakan</b>	Zehra	Generalkonsulat der Republik Türkei	Nürnberg
<b>Zimmer-Hegmann</b>	Ralf	ILS - Institut für Landes- u. Stadtentwicklungsforschung	Dortmund

## Liste der ANSPRECHPARTNER

„Integrationspotenziale in  
kleinen Städten und Landkreisen“



### » Projektpartner

Institution	Ansprechpartner/in	Telefon	Email
<b>Schader-Stiftung (Projektkoordination)</b>	Gudrun Kirchhoff	06151/1759-14	kirchhoff@schader-stiftung.de
	Bettina Breuer	06151/1759-20	breuer@schader-stiftung.de
<b>Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)</b>	Detlef Bröker	0911/943- 5200	detlef.broeker@bamf.bund.de
<b>Deutscher Städte- und Gemeindebund</b>	Ulrich Mohn	030/77307-211	ulrich.mohn@dstgb.de
<b>Deutscher Landkreistag</b>	Dr. Klaus Ritgen	030/590097-321	klaus.ritgen@landkreistag.de

### » Projektteilnehmer

Bundesland	Landkreis	Stadt	Ansprechpartner/in
<b>Westdeutschland</b>			
<b>NRW</b>	Hochsauerlandkreis		<b>Ulrike Hohmann</b> Leiterin der Ausländerbehörde ulrike.hohmann@hochsauerlandkreis.de 0291/941346
		Meschede	<b>Gisela Bartsch</b> Leiterin des Fachbereichs Generationen, Bildung, Freizeit gisela.bartsch@meschede.de 0291/205166
			<b>Ulrike Starkulla</b> Fachbereich Generationen, Bildung, Freizeit u.starkulla@meschede.de 0291/205164
		Bestwig	<b>Georg Funke</b> Integrationsbeauftragter gfunke@bestwig.de 02904/987145
<b>NI</b>	LK Emsland		<b>Ulrike Otten</b> Leitstelle für Integration ulrike.otten@emsland.de 05931/44-1448
		Freren	<b>Hermann Quae</b> Ordnungsamt, Aussiedlerberatung Quae@freren.de 05902/950-110
			<b>Gregor Lonneman</b> Allgemeiner Vertreter des Samtgemeinde- bürgermeisters lonnemann@freren.de 05902/950222
		Haren	<b>Dieter Pohlmann</b> Referat Bildung, Kultur, Soziales pohlmann@haren.de 05932/8216
			<b>Dieter Sturm</b> Erster Stadtrat sturm@haren.de 05932/8-237

Bundesland	Landkreis	Stadt	Ansprechpartner/in
<b>Westdeutschland</b>			
<b>BW</b>	LK Ravensburg		<b>Franz Uebelhör</b> Integrationsbeauftragter franz.uebelhoer@landkreis-ravensburg.de 0751/85-3183
		Ravensburg	<b>Stefan Goller-Martin</b> Leiter des Amts für Soziales und Familie stefan.goller-martin@ravensburg.de 0751/82235
			<b>Peter Ederer</b> Integrationsbeauftragter peter.ederer@ravensburg.de 0751/82-439
	Leutkirch		<b>Katrin Hengge</b> Ordnung und Soziales - Bürgerbüro, Standesamt und Migration Katrin.Hengge@Leutkirch.de 07561/87-179
			<b>Marion Reich</b> Ordnung und Soziales - Jugend und Soziales Marion.Reich@Leutkirch.de 07561/87-118
<b>BY</b>	LK Coburg		<b>Martina Berger</b> Sozialreferentin, Amt für Jugend und Familie martina_berger@landkreis-coburg.de 09561/514-722
			<b>Sven Heinze</b> Landratsamt, Fachbereich Ausländer- und Personenstandswesen sven.heinze@landkreis-coburg.de 09561/514222
		Ebersdorf b. Coburg	<b>Danica Faber</b> Jugendpflegerin der Gemeinde faberd@ebersdorf.de 09562/385212
		Neustadt b. Coburg	<b>Ines Förster</b> Leiterin des Familien-Zentrums ines.foerster@neustadt-bei-coburg.de 09568/8918870
<b>Ostdeutschland</b>			
<b>SA</b>	LK Jerichower Land		<b>Cordula Bergt</b> Stabsstelle Integration integration@lkjl.de 03921/985-723
		Genthin	<b>Wolfgang Bernicke</b> Leiter der Verwaltungsgemeinschaft und Bürgermeister wolfgang.bernicke@stadt-genthin.de 03933/876101
<b>SN</b>	Vogtlandkreis		<b>Veronika Glitzner</b> Gleichstellungs-, Integrations- und Frauenbeauftragte glitzner.veronika@vogtlandkreis.de 03741/3921060

Bundesland	Landkreis	Stadt	Ansprechpartner/in
<b>Ostdeutschland</b>			
<b>SN</b>		Plauen	<b>Silvia Liersch</b> Ausländerbeauftragte silvia.liersch@plauen.de 03741/2911018
<b>Ballungsregion</b>			
<b>BY</b>	LK München		<b>Ali E. Danabas</b> Integrationsbeauftragter ali.danabas@lra-m.bayern.de 089/6221-2563
		Garching	<b>Ingrid Stanglmeier</b> Sprecherin des Integrationsbeirats Garching ingrid.stanglmeier@garching.bayern.de 089/320 89-128
<b>HE</b>	LK Offenbach		<b>Selver Erol</b> Leiterin des Integrationsbüros s.erol@kreis-offenbach.de 06074/81804171
		Neu-Isenburg	<b>Walter Norrenbrock</b> Dezernent für Integration WuM.Norrenbrock@t-online.de 06102/241-752
			<b>Paola Fabbri Lipsch</b> Leiterin des Integrationsbüros paola.fabbri@stadt-neu-isenburg.de 06102/241-763

**Herausgeber:**

Schader-Stiftung  
Karlstr. 85  
64285 Darmstadt  
kontakt@schader-stiftung.de  
www.schader-stiftung.de

**Redaktion:**

Gudrun Kirchhoff, Bettina Breuer, Michèle Bernhard (Praktikantin)

**Fotos:**

Bethel Fath, München

**Grafische Gestaltung:**

Atelier Blücher, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

Darmstadt, August 2009